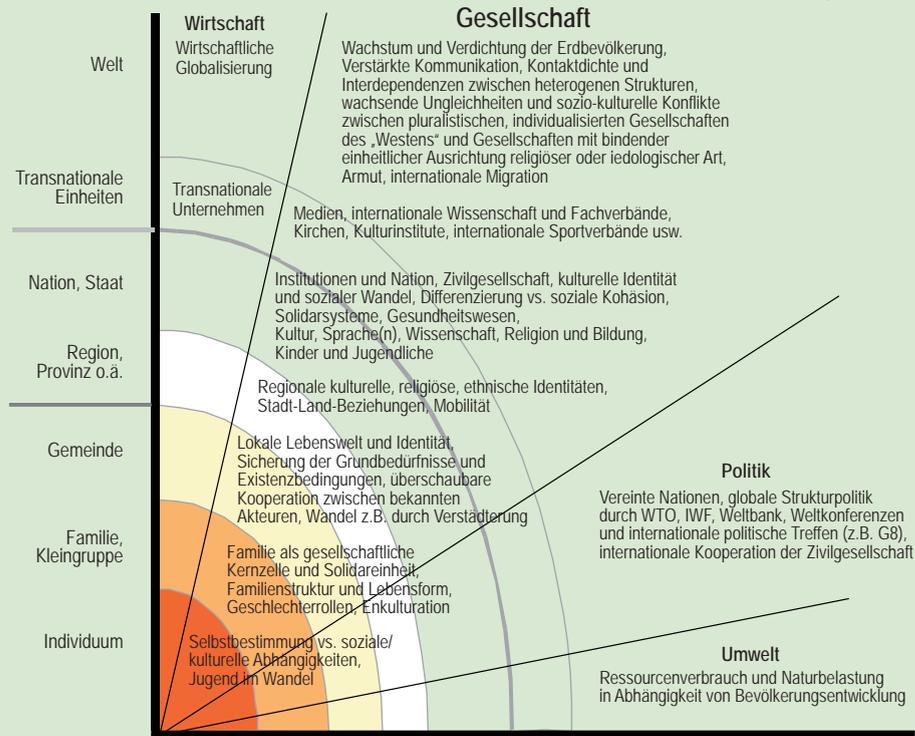


Gesellschaft und Entwicklung

Die gesellschaftliche Dimension und ihre Ebenen

(Querverbindungen zu den Dimensionen Wirtschaft, Politik und Umwelt sind hier nur angedeutet)



Armut und Hunger

Eine globale Herausforderung

Weltweit leben mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut. Sie haben weniger als einen US-Dollar pro Tag an Kaufkraft. Zwei Milliarden müssen täglich mit weniger als zwei US-Dollar auskommen.

Was heißt Armut?

Armut bedeutet nicht nur, dass Menschen sich nicht ausreichend mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen versorgen können. Wer arm ist, hat auch keine Bildungschancen und keinen Anteil an anderen wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens:

- Arme Menschen sind krankheitsanfälliger, weil sie sich nicht ausreichend ernäh-

ren und gesundheitlich versorgen können. Sie haben keine Möglichkeit, sich gegen Risiken des Lebens wie schwere Krankheiten, Unfälle oder sonstige Notlagen zu schützen.

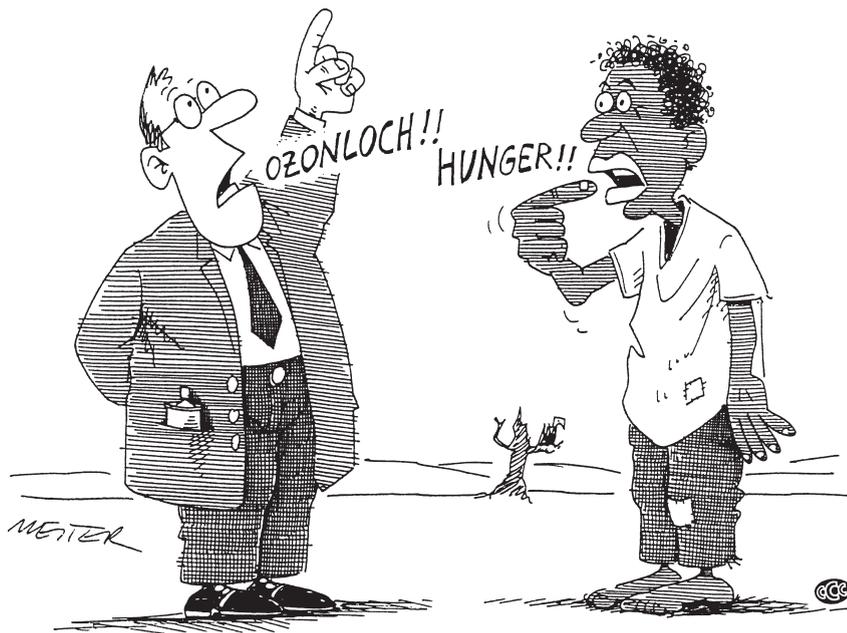
- Armut bedeutet Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie beschränkter Zugang zu Ressourcen.
- Armen fehlen wichtige Grundlagen und Kompetenzen, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten oder ihren Kindern ei-

Die Millenniums-Entwicklungsziele

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Zielvorgabe 2: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden



nen Weg aus der Armut weisen zu können.

- Armut und extreme soziale Ungleichheit sind ein Nährboden für Gewalt und Terrorismus.

Armut hat viele Gesichter: Hunger, Unter- und Mangelernährung; schlechter Gesundheitszustand und Krankheitsanfälligkeit; geringe Lebenserwartung und hohe Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit; niedriger Bildungs- und Ausbildungsstand; Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung; menschenunwürdige Wohnverhältnisse, Obdachlosigkeit und armselige Bekleidung; Entwurzelung, ja Ausschluss von traditionellen Sozialstrukturen, Unterdrückung und soziale Missachtung. Armut wirkt sich auf fast alle Lebensbereiche aus und untergräbt das Selbstwertgefühl.

Neuerdings zeichnen sich Engpässe in der Nahrungsversorgung ab, verursacht u. a. durch fortgesetztes Bevölkerungswachstum, zunehmenden Wassermangel (Bewässerungslandwirtschaft in Trockengebieten) und die fortschreitende Vernichtung wertvollen Ackerlandes. Davon sind in erster Linie die ärmsten Entwicklungsländer in überbevölkerten ökologisch labilen Räumen (z. B. Sahelzone, Äthiopien) betroffen (Atlas). Den traditionellen (bodenschonenden) Bodennutzungsmethoden muss wieder größere Beachtung geschenkt werden.

Mangel im Süden – Überfluss im Norden

Armut konzentriert sich weitestgehend auf die Entwicklungsländer. Hier ist Armut ein Massenproblem, mehr als die Hälfte der Bevölkerung aller Entwicklungsländer

ist arm. In vielen der ärmsten Länder lebt sogar mehr als die Hälfte der Menschen in extremer Armut. Die Grenze dafür wird von der Weltbank derzeit bei einem Jahreseinkommen von 370 US-Dollar pro Person angesetzt. Zwar ist der prozentuale Anteil der extrem Armen an der gesamten Bevölkerung der Entwicklungsländer auch zwischen 1990 und 2005 zurückgegangen, doch ihre absolute Zahl hat kaum abgenommen (G1)

Noch lebt die Mehrzahl der Armen auf dem Lande, vor allem in den Dörfern Afrikas und Asiens, doch mit der zunehmenden Landflucht verlagert sich die Armut mehr und mehr in die Städte (S. 96 ff.). Dagegen lebt in den Industrieländern die große Masse der Bevölkerung in Wohlstand und Überfluss, Menschen in extremer Armut sind eine Ausnahme. Aber eine wachsende Minderheit sinkt auch hier in relative Armut. Als relativ arm gelten in der EU Menschen in Haushalten, deren Einkommen unter 60 % des Einkommensdurchschnitts liegt (er lag in Deutschland 2003 bei knapp 1 100 Euro im Monat).

Armut hat viele Ursachen

Um Armut wirksam und dauerhaft mindern zu können, muss man ihre Ursachen kennen, also herausfinden, warum Menschen nicht aus eigener Kraft für sich selbst sorgen können. Die Ursachen sind vielfältig und unterscheiden sich von Land zu Land und oft innerhalb eines Landes. Sie können sowohl internen (innerstaatlichen) als auch externen Ursprungs sein.

Internen Armutsursachen sind u. a.:

- Ungleicher Bodenbesitz und unterbliebene bzw. verschleppte Bodenreformen.

Vor allem in Lateinamerika, Indien und im Iran konzentriert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche auf Großbetriebe.

- Zunehmende Zersplitterung des Bodenbesitzes durch starkes Bevölkerungswachstum in dicht besiedelten ländlichen Gebieten.

- Landverknappung durch Umweltdegradation und Umweltkatastrophen.

- Geringe Kreditfähigkeit von Kleinbauern, Pächtern und Landlosen, denen entsprechende Sicherheiten fehlen, um von Banken Geld geliehen zu bekommen.

- In manchen Ländern decken staatlich festgesetzte Erzeugerpreise das Existenzminimum von Bauern nicht ab, sodass Anreize zur Modernisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion fehlen.

- Unzureichende Bildungsangebote, fehlende Bildungsabschlüsse, unzureichende Angebote der Gesundheitsversorgung und unzulängliches Wissen über reproduktive Gesundheit in vielen ländlichen Gebieten (G41, G44, G47, G48), infolgedessen größere gesundheitliche Gefährdung (z. B. durch HIV/Aids, andere Infektionskrankheiten).

- Starre (traditionelle) hierarchische soziale Ordnungssysteme in ländlichen Räumen, die innovationsfähige und -willige junge Menschen einengen und sie daran hindern, Neuerungen zu wagen.

- Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und fehlende Kaufkraft infolge des Mangels an nichtagrarischen Erwerbs- und Zuerwerbsmöglichkeiten (Industrie, Handwerk, Gewerbe) auf dem Lande.

- Ausschluss der Kleinbauern von Innovationen, die Geld kosten (z. B. „Grüne Revolution“).

- Fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter (G25, G26, G31, G47). Frauen und Kinder, insbesondere Mädchen, leiden auf Grund soziokultureller Benachteiligungen am stärksten unter den Folgen der Armut. Frauen sind nicht nur größeren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt (hohe Geburtenrate, rasche Geburtenfolge), sie bilden auch – gemeinsam mit den Kindern – das schwächste Glied der Familie und der Gesellschaft.

- In ärmeren Ländern (z. B. Angola, Dem. Rep. Kongo, Burundi, Yemen) übersteigen die Militärausgaben die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung erheblich und schmälern die Entwicklungschancen der Armen.

- In manchen Ländern, insbesondere in Subsahara-Afrika, sind instabile politische Verhältnisse, totalitäre Herrschaftsstrukturen, Korruption und Bereicherung der



Frauen in einem Flüchtlingslager in Darfur bereiten das Essen für ihre Familien vor



Lebensmittelladen im Stadtteil Dahar in der ägyptischen Stadt Hurghada



Das Einkaufszentrum Victoria und Alfred Waterfront in Kapstadt, Südafrika

Unterschiede in den Möglichkeiten, sich in Afrika mit Lebensmitteln zu versorgen

Eliten, Bürgerkriege, Vertreibung und Flucht die Auslöser von Armut (S. 72 ff.).

Die Armen sind somit Opfer von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Missständen in ihren Heimatländern. Neben diesen internen wirken sich ebenso aber auch Einflüsse von außen hemmend auf Entwicklungschancen der Armen aus. Überwiegend **extern bedingte Armutsursachen** sind (S. 47 ff.):

- Protektionistische Maßnahmen (z. B. Einfuhrzölle) der großen Wirtschaftsmächte USA, EU und Japan behindern Agrarexporte der Entwicklungsländer (oft deren einzige Devisenbringer) (G5).
- Agrargüter aus Industrieländern, die zu staatlich subventionierten Niedrigpreisen in Entwicklungsländer exportiert werden, zerstören dort nationale Agrarmärkte. Auch unangepasste (über Nothilfe hinausgehende) Nahrungsmittelhilfe schwächt den Willen und die Fähigkeit zur Selbsthilfe.
- Niedrige, z.T. stark wechselnde Rohstoffpreise führen zu schwankenden Exporteinnahmen (A22). Für Länder, deren Einkünfte von wenigen Exportprodukten abhängen, trägt Preisinstabilität zur Vermehrung der Armut bei.
- Agrarimporte der Industrieländer (z. B. Futtermittel, Erdnüsse, Baumwolle) beschneiden die Anbauflächen für Nahrungsmittel in den armen Ländern, sodass hier die Nahrungsmittelversorgung für den

eigenen Bedarf nicht ausreicht und Menschen hungern müssen.

- Hohe (Auslands-)Schulden und Schuldendienstverpflichtungen (Zins und Tilgung) engen den Handlungsspielraum vieler Schuldnerländer für Entwicklungsschritte ein, meist zulasten der ärmsten Bevölkerungsschichten (W37–W39).

Massenarmut hat weitreichende Folgen

Massenarmut trägt zur Entstehung bzw. Verstärkung weiterreichender nationaler und globaler Risiken und Gefahren bei: Sie steigert das nationale und globale Bevölkerungswachstum (G14, G19, S. 91 f.); in ökologisch sensiblen Gebieten beteiligt sie sich an der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (z. B. Desertifikation; Bodenzerstörung durch Verkürzung der Brachperioden; Vordringen des Anbaus in Steilhanglagen) und erhöht damit die globalen Umweltbelastungen. Extreme soziale Ungleichheit kann Auslöser von Konflikten und politischer Destabilisierung, von Unruhen und Bürgerkriegen sein; sie stellt eine Gefahr sowohl für den inneren Frieden als auch für den Weltfrieden dar. Die Kluft zwischen Arm und Reich (G9) zu verringern ist deshalb nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, sondern auch Voraussetzung für eine friedliche Zukunft der Menschheit.

Armutsbekämpfung ist eine globale Aufgabe

Armut und extreme Ungleichheiten haben vielfältige **strukturelle Ursachen**, die in unterschiedlichen Kombinationen auftreten und von verschiedenen Ebenen (lokal, national, international/global) her wirksam werden. Maßnahmen zu ihrer Überwindung müssen deshalb gezielt bei den je spezifischen (politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen) Ursachen und auf mehreren Ebenen gleichzeitig ansetzen und aufeinander abgestimmt sein. Armut kann nicht von den Armen allein überwunden werden, weil sie auf die Behebung der meisten Armutsursachen wenig oder keinen Einfluss haben. Armutsbekämpfung ist eine komplexe, die verschiedenen Wirkfaktoren und Verursachungsebenen überwölbende Aufgabe. Sie erfordert die Mitwirkung aller (Mit-)Verursacher. Erforderlich ist eine enge Koordinierung der (unverzichtbaren) Eigenanstrengungen der Armen mit Maßnahmen zur Veränderung interner (nationaler) und externer (internationaler/globaler) Rahmenbedingungen, die für die Entstehung und Fortdauer von Armut (mit-)verantwortlich sind. Die Lösung dieser Aufgabe streben die **acht Millenniums-Entwicklungsziele** (Millennium Development Goals, MDG) an. Sie rücken Armut und Armutsbekämpfung in das Zentrum der

Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit. Sie basieren auf der Millenniumserklärung der UN-Mitgliedsstaaten vom September 2000 und sind darauf gerichtet, die internationalen Beziehungen auf ein neue partnerschaftliche Basis zu stellen (Kasten S. 88). Sie nehmen sowohl die Entwicklungsländer als auch die reichen Länder in die Pflicht, ihren je spezifischen Beitrag zur Minderung der Armut und zur Ausrottung des Hungers zu leisten, jeder nach seinen Möglichkeiten und nach seiner Leistungsfähigkeit.

Alle erforderlichen Aktivitäten sind am entwicklungspolitischen Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten, um dauerhafte Ergebnisse erzielen zu können. Vorrang haben Maßnahmen, die

- die Armen in ihrer Fähigkeit, sich selbst zu helfen, stärken und nicht einschränken;
- die internen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so verändern, dass selbstorganisierte Entwicklung möglich ist und Selbsthilfe wirksam werden kann;
- die externen, insbesondere weltwirtschaftlichen Bedingungen so gestalten, dass sie die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer zur Überwindung der Armut unterstützen und fördern.

Die **internen Aufgaben** der armen Länder, die bis 2015 erfüllt sein sollen, erstrecken sich neben der Einlösung der Millenniums-Entwicklungsziele 1 bis 7 (S. 88) insbesondere auf folgende Maßnahmen:

- mehr und gezielte Investitionen in die ländliche Entwicklung, insbesondere in den Ausbau der Infrastruktur als Grundlage für breitenwirksames Wirtschafts-

wachstum, das Voraussetzung für die Reduzierung der ländlichen Armut ist;

- Aufbau von Mikrofinanzdiensten zur Unterstützung von Eigeninitiativen der Armen (G2);
- Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, von Partizipation und Empowerment (Befähigung, vor allem von Frauen, ihre Rechte wahrzunehmen, sich gegen Unterdrückung zu wehren);
- Ausweitung entwicklungspolitischer Handlungsspielräume durch Reduzierung der Militärausgaben;
- Achtung der Menschenrechte, Aufbau demokratischer Strukturen (z.B. Stärkung der parlamentarischen Kontrollfunktion) und funktionsfähiger Verwaltungen, Schaffung von Rechtssicherheit und gute Regierungsführung (good governance) als Voraussetzung für erfolgreiche Armutsbekämpfung und den Abbau extremer sozialer Ungleichheiten.

Ebenso wichtig sind die **externen Aufgaben der Industrieländer**, die für die Armut im Süden mitverantwortlich sind. Vorrang hat die Veränderung der Spielregeln des Außenhandels:

- Abbau von Armut begünstigenden Handelshemmnissen (z.B. Zollsenkung für Agrarimporte aus Entwicklungsländern; Einstellung der Subventionierung von Agrarexporten der Industrieländer in Entwicklungsländer) (G5, W17);
- Erleichterung des Abbaus der Auslandsschulden hoch verschuldeter Entwicklungsländer und Erlass der Schulden (so weit noch nicht erfolgt) der ärmsten Entwicklungsländer (W37–W39), denn hohe Verschuldung behindert Investitionen in deren Entwicklung;
- Schließen der digitalen Kluft zwischen

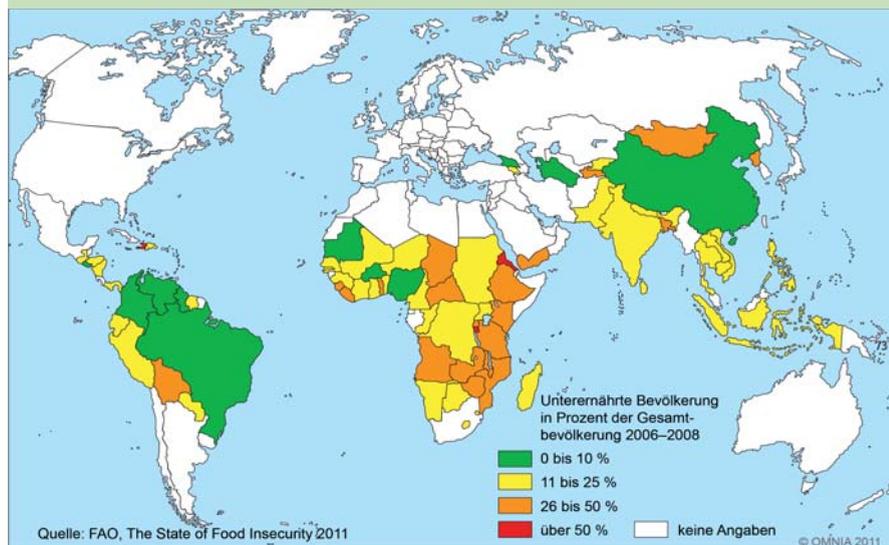
reichen und armen Ländern (W31) durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Bereich der Telekommunikation; die Teilhabe der Entwicklungsländer an der digitalen Entwicklung stärkt nicht nur deren Selbstbewusstsein, sondern unterstützt auch ihre Fähigkeit zur Teilhabe an entwicklungsfördernden Globalisierungsprozessen;

- Einschränkung von Entwicklung behindernden Waffenexporten in Entwicklungsländer;
- Förderung des fairen Handels (W61, W62);
- Schrittweise Erhöhung der Official Development Assistance (ODA) der Industrieländer auf 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) bis 2015 (W58). Die meisten Entwicklungsländer wären weit überfordert, müssten sie die Mittel für die umfangreichen nationalen Aufgaben der Armutsbekämpfung allein aufbringen;
- Aufbau einer vertrauensbildenden globalen **Entwicklungspartnerschaft**, die die Entschuldung der Entwicklungsländer vorantreibt, die personelle und technische Entwicklungszusammenarbeit intensiviert, die Minimierung globaler Umweltbelastungen und -risiken ernst nimmt und danach strebt, den Weltfrieden dauerhaft zu sichern. Die NEPAD (P43, S 79) ist dafür ein herausragendes Beispiel, zugleich aber auch ein Prüfstein für die Nachhaltigkeit und das Erfolgspotenzial von Entwicklungspartnerschaften.

Die angeführten Ziele und Aufgaben zur Armutsbekämpfung stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern bilden einen integrativen Gesamtzusammenhang. Sowohl interne als auch externe Maßnahmen der Armutsbekämpfung und auch die verschiedenen Einzelmaßnahmen müssen aufeinander abgestimmt und koordiniert werden, um das Gesamtziel „Halbierung der Armut bis 2015“ zu erreichen. Die Verpflichtung der UN-Mitgliedsstaaten, die verschiedenen Teilbereiche und Maßnahmen zur Überwindung der Armut an den MDGs auszurichten, bietet die Grundlage dafür, dass Armutsbekämpfung als fest umrissener und verbindlicher Auftrag gilt, vor dem sich keine Regierung unbenommen davon schleichen kann. Die MDGs sind mit ihren Teilzielen und Indikatoren auf Messbarkeit und Überprüfbarkeit angelegt. Entwicklungserfolge müssen nachweisbar sein, Nichtstun setzt sich der Kritik der Staatengemeinschaft aus.

Zwar sind die Millenniumsziele sehr anspruchsvoll und nur erreichbar, wenn Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam zu ihrer Verantwortung stehen und

Hunger herrscht, wo Armut herrscht



sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, Hunger und Armut zu überwinden. Die erste Zwischenbilanz 2005 war zwar nicht besonders überzeugend, aber sie hat die Politiker aufgerüttelt und die Staatengemeinschaft angespornt, ihre Aktivitäten zu steigern. Die Bundesregierung hat mit der Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik und dem Aktionsprogramm 2015 einen Weg beschritten, der Vorbildcharakter hat und sicherstellt, dass Deutschland seinen Anteil an der Halbierung der Armut in der Welt bis 2015 erfüllt.

Kann Globalisierung zur Armutsminderung beitragen?

„Globalisierung verschärft die Armut“ – „Globalisierung ist Motor zur Überwindung der Armut“, diese widersprüchlichen Aussagen kennzeichnen das Meinungsbild der Globalisierungsexperten. Jede der beiden Meinungen lässt sich mit Beispielen be-

legen, ebenso aber auch entkräften. Während zum Beispiel Globalisierungsprozesse im subsaharischen Afrika für den massiven Anstieg der Armut mitverantwortlich gemacht werden, wird die auffällige Abnahme der Armut in Ost- und Südostasien Globalisierungsprozessen zugeschrieben. Es stellt sich die Frage nach den Bedingungen für die unterschiedlichen Erfolgsbilanzen. Offensichtlich gehen beide Ergebnisse nicht unmittelbar und ausschließlich auf Globalisierungsprozesse zurück. Auch politische Faktoren wie gute oder schlechte Regierungsführung, unterschiedliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen und sozialpolitische Programme, die länderspezifische Einbindung in das Welthandelssystem, Unterschiede im Entwicklungsstand, im Bevölkerungswachstum, in der naturräumlichen Ausstattung usw. können am Zustandekommen der verschiedenen Bilanzen der Armutsentwicklung beteiligt sein. Es kommt immer darauf an, welche spezifischen Rahmenbedingungen

Globalisierungsprozesse vorfinden, unter welchen spezifischen Zielsetzungen sie stehen, mit welchen Mitteln und Methoden sie ablaufen, welchen Widerständen sie ausgesetzt sind usw. Erst exakte empirische Untersuchungen des jeweiligen Einzelfalls können eindeutige Ergebnisse über die offensichtlich ambivalenten Wirkungen der Globalisierung erbringen. Solange Globalisierungsprozesse ungezügelt ablaufen und unvorhersehbare gesellschaftliche Fragmentierungen auslösen können, sind sie als entwicklungspolitisches Mittel der Armutsbekämpfung hochgradig suspekt. Solange es nicht gelingt, sie durch feste Regeln zu bändigen und in die Entwicklungsstrategie der Armutsbekämpfung des Millenniumsgipfels einzubinden, ist es müßig, über ihre Rolle bei der Armutsbekämpfung zu streiten. Globalisierung braucht unmissverständliche Regeln, um nachhaltige Entwicklungsprozesse unterstützen zu können (G5, A1–A3).

Die acht Millenniums-Entwicklungsziele der UN

Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Zielvorgabe 2: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Zielvorgabe 3: Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können

Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen

Zielvorgabe 4: Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 5: Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 6: Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 7: Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Zielvorgabe 8: Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 9: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Zielvorgabe 10: Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben

Zielvorgabe 11: Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln (dies umfasst die Verpflichtung auf gute Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsreduzierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene).
Zielvorgabe 13: Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten

Länder Rechnung tragen (umfasst einen zoll- und quotenfreien Zugang für die Exportgüter der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe für Länder, die zur Armutsminderung entschlossen sind)

Zielvorgabe 14: Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Zielvorgabe 15: Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Zielvorgabe 16: In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Zielvorgabe 17: In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Zielvorgabe 18: In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

G1 Die extreme Armut nimmt ab

Menschen, die pro Tag weniger als 1,25 US-Dollar an Kaufkraft haben

Region	1990		2005	
	in Millionen	in % der Bevölkerung	in Millionen	in % der Bevölkerung
Subsahara-Afrika	297	57,6	388	50,9
Südasien	579	51,7	596	40,3
Ostasien und Pazifik	873	54,7	316	16,8
Lateinamerika und Karibik	50	11,3	45	8,2
Naher Osten und Nordafrika	10	4,3	11	3,6
GUS und Transformländer	9	2,0	17	3,7
Welt insgesamt	1 818	41,7	1 374	25,2

Quelle: Weltbank, World Development Indicators 2010

G3 Wasserverschwendung: besonders betroffen sind die Armen

Obwohl Wasser ein knappes Gut ist, wird es oft verschwendet. Ein Grund dafür: Wasser ist meist kostenlos zu haben. Ein Anreiz zum Sparen fehlt. Häufig werden Wasserpreise aus politischem Interesse niedrig gehalten. Notwendige Reformen bleiben aus. Geringe Wasserpreise – sofern überhaupt Gebühren für Wasser erhoben werden – führen zu Geldmangel bei den Versorgungsunternehmen. Die Folgen: schlecht qualifiziertes Personal und mangelhaft gewartete Versorgungssysteme. Beides sind wichtige Ursachen für eine unzureichende Wasserversorgung in den Entwicklungsländern. Subventioniertes Wasser ist auch aus einem anderen Grund von Nachteil: Es kommt nur den Mittelschichten und den Reichen zu Gute. Die meisten Armen haben erst gar keinen Anschluss

an die subventionierten Leistungen der Wasser- und Abwasserentsorgung. Die öffentlichen Wasserversorgungsbetriebe verfügen ihrerseits wegen ihrer geringen Einnahmen nicht über die Mittel, ihre Dienstleistungen auch auf die Wohngebiete der Armen auszuweiten. Von dort ist auch kaum politischer Druck zu erwarten. Ambulante Wasserhändler übernehmen die Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung; sie können aber in Qualität und Kosten natürlich nicht konkurrieren mit den subventionierten Unternehmen. Die Armen zahlen so häufig die höchsten Preise für Wasser von oft minderer Qualität.

Quelle: BMZ, Wasser – Antworten auf die globale Krise. Materialien Nr. 114, S. 6 f.

G2 Mikrofinanzierung gegen Armut

Mikrofinanzierung leistet einen wichtigen Beitrag zu den Millenniums-Entwicklungszielen, kurz MDGs. Der Zugang zu Kleinkrediten, Sparprodukten und Versicherungen über ein leistungsfähiges (Mikro-)Finanzsystem eröffnet benachteiligten Bevölkerungsschichten nicht nur neue Chancen, sondern bietet ihnen auch die Möglichkeit, sich gegen weitere Verarmung zu schützen. Durch geeignete Finanzprodukte können sie besser auf Einkommensschwankungen reagieren, sich gegen Krankheiten oder plötzliche Krisensituationen versichern.

Davon profitieren auch Kinder: Eltern müssen Kinder nicht als Arbeitsklaven verkaufen, sondern können sie in die Schule schicken und besser und regelmäßiger ernähren. Ihre Chancen auf ein eigenverantwortliches Leben in relativem Wohlstand steigen dadurch.

Krankheit zwingt Menschen oft dazu, ihre spärliche Habe zu verkaufen und sich hoch zu verschulden. Angepasste Mikrofinanzprodukte ermöglichen es ihnen jedoch, rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen. So können z.B. lebensbedrohliche Komplikationen vermieden werden.

Mehr als die Hälfte aller Kredite weltweit werden von Frauen aufgenommen. Frauen erhalten durch Kredite und Sparmöglichkeiten nicht nur die Chance auf ein eigenes Einkommen und eine größere Unabhängigkeit, sondern entwickeln mehr soziale Verantwortung und Selbstbewusstsein gegenüber Institutionen wie Banken, staatlichen Organen und karitativen Einrichtungen. Mikrofinanzierung fördert daher die Gleichberechtigung und stärkt die Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft.

Quelle: BMZ, Mit Mikrofinanzierung aus der Armut. Bonn 2004

G4 Einkommenskluff



G5 Was muss sich im Welthandel ändern?

Beteiligung am Handel bietet echte Chancen zur Anhebung des Lebensstandards. Doch einige der hervorragendsten Modelle für Offenheit und Exportwachstum – beispielsweise Mexiko und Guatemala – sind bei der Beschleunigung menschlicher Entwicklung nicht sehr erfolgreich gewesen. Exporterfolge haben nicht immer das menschliche Wohlergehen auf breiter Front gesteigert. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass den Bedingungen, unter denen sich Länder in den Weltmarkt einfügen, mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Fairere Handelsregeln wären hilfreich, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Markt... Die höchsten Handelsbarrieren der Welt werden gegen einige der ärmsten Länder errichtet: Die Handelsbarrieren, denen sich Entwicklungsländer gegenübersehen, die in reiche Länder exportieren, sind durchschnittlich drei bis vier Mal höher als bei reichen Ländern, die untereinander Handel treiben. Die absurde Abstufung bei der Handelspolitik erstreckt sich auch auf andere Bereiche. So hält beispielsweise die Europäische Union große Stücke auf ihre Bemühungen, den ärmsten Ländern der Welt Märkte zu eröffnen. Doch ihre restriktiven Herkunftsbestimmungen, nach denen sich der Anspruch auf Handelspräferenzen

richtet, machen die Chancen der meisten dieser Länder zunichte.

Die Landwirtschaft ist von höchster Bedeutung. Zwei Drittel aller Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen, leben und arbeiten in ländlichen Gebieten. Die Regeln, denen der Agrarhandel unterliegt, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Märkte, in denen sie operieren, ihre Lebensgrundlagen und ihre Aussichten, der Armut zu entkommen. Das Grundproblem, das bei den Gesprächen der WTO über Landwirtschaft in Angriff genommen werden muss, lässt sich in drei Wörtern zusammenfassen: Subventionen reicher Länder. Bei der letzten Runde der Welthandelsgespräche sagten die reichen Länder zu, die Agrarsubventionen zu kürzen. Seitdem haben sie sie aber noch erhöht. Sie leisten jetzt etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar im Jahr als Landwirtschaftshilfe an arme Länder, aber knapp eine Milliarde US-Dollar am Tag (!) zur Subventionierung landwirtschaftlicher Überproduktion im eigenen Land – eine unangemessenere Prioritätensetzung lässt sich kaum vorstellen. Zu allem Unglück zerstören die Subventionen der reichen Länder auch noch die Märkte, auf die die Kleinbauern in den armen

Fortsetzung auf Seite 90

Fortsetzung G5 von Seite 89

Ländern angewiesen sind. Sie drücken die Preise, die erlöst werden können, und verweigern ihnen damit einen fairen Anteil an den Erträgen des Welthandels. Baumwollpflanzer in Burkina Faso müssen mit US-amerikanischen Baumwollproduzenten konkurrieren, die jährliche Subventionen in Höhe von über vier Milliarden US-Dollar erhalten – mehr als das gesamte Nationaleinkommen von Burkina Faso. Unterdessen richtet die unsinnige gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union schwere Schäden auf dem Weltmarkt für Zucker an, verweigert aber den Entwicklungsländern den Zugang zu den europäischen Märkten.

Quelle: UNDP / Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung 2005, S. 13 f.

G8 Ungleichheit in der Welt nimmt zu

Die wichtigsten Faktoren, die zur **Zunahme der Ungleichheit** in der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts beigetragen haben, waren:

- das rasche Wirtschaftswachstum in bereits reichen Ländern in Westeuropa, Nordamerika und Ozeanien, verglichen mit dem Rest der Welt und
- das relativ geringe Wachstum auf dem indischen Subkontinent bis kurz vor dem Ende des 20. Jahrhunderts und einheitlich langsames Wachstum in Afrika.

Faktoren, die zur **Verringerung von Ungleichheit** beigetragen haben, waren:

- das rasche Wachstum in China seit den siebziger Jahren und in Indien seit Ende der achtziger Jahre sowie
- die Angleichung zwischen den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten bis zu den neunziger Jahren.

Das rasche Wachstum in Südostasien war zwar beeindruckend, hatte aber wegen der relativ kleinen Bevölkerungen, denen es zugute kam, nur geringe Auswirkungen auf die Ungleichheit weltweit...

Die reichsten fünf Prozent der Weltbevölkerung beziehen ein 114-mal höheres Einkommen als die ärmsten fünf Prozent. Die reichsten ein Prozent beziehen genauso viel Einkommen wie die ärmsten 57 Prozent. Und die reichsten 25 Millionen Amerikaner haben ein Einkommen, das dem von fast zwei Milliarden ärmsten Menschen der Welt entspricht.

Die Ungleichverteilung des Einkommens zu überwachen und in Grenzen zu halten ist nicht nur wichtig, um die Chancen für möglichst viele Menschen zu verbessern, sondern auch um soziale Spannungen in (meist städtischen) Regionen mit großer Ungleichheit zu mindern. Mit zunehmender Globalisierung und dem billiger und breiter werdenden Zugang zu Informationen steigt auch das Bewusstsein für die globale Ungleichheit. Die Menschen vergleichen sich selbst nicht mehr nur mit ihren Mitbürgern, sie sind sich auch der internationalen Unterschiede bewusst, was die Divergenzen zwischen den einzelnen Ländern schlimmer – und gefährlicher – macht. Um die wachsenden Spannungen zu mindern ist es entscheidend, dass alle Länder von der Entwicklung profitieren.

Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2002, S. 23, und 2003, S. 49

G6 Pro und Kontra G8-Gipfel

KONTRA: Leere Versprechen

Auf jedem Treffen der G8 und EU wurde das Versprechen erneuert, wesentlich größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der extrem Armen in der Welt bis 2015 zu halbieren. Auf dem G8-Gipfel 2005 in Gleneagles wurde sogar die Zusage gemacht, die Entwicklungshilfe für Afrika bis 2010 auf 50 Mrd. Dollar jährlich zu verdoppeln. Alles Versprechen, die bisher nicht eingelöst wurden. Das gilt gleichermaßen für die bereits 1970 übernommene Selbstverpflichtung der Industriestaaten, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden...

Trotz einiger Fortschritte bei der Armutsbekämpfung in Ländern wie China, Indien und Vietnam leiden heute noch immer 850 Mio. Menschen an Hunger und Unternährung, vor allem in Afrika und Asien. Beim Kampf gegen HIV/Aids, Malaria und andere Infektionskrankheiten gibt es kein Wende zum Besseren. Jede Woche sterben 200.000 Kinder unter fünf Jahren an vermeidbaren Krankheiten. Mehr als 100 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Über eine Milliarde Menschen leben ohne Zugang zu sauberem Wasser.

Verantwortung für diese himmelschreienden Ungerechtigkeitsverhältnisse tragen diejenigen Kräfte in Politik und Wirtschaft der G8- und der anderen Industriestaaten, die eine ausschließlich profitorientierte neoliberale Globalisierung verfolgen. Ihre Politik zu Gunsten des eigenen Wirtschaftswachstums, der multinationalen Konzerne und globalen Finanzmärkte ist seit Jahrzehnten verantwortlich für die weltweite Plünderung von Natur und Arbeitskraft, für die Zerstörung lokaler Ökonomien und eigenständiger Entwicklungsperspektiven, für die Untergrabung von Marktregulation und sozialen Standards, für die Privatisierung von Gemeineigentum und öffentlichen Diensten.

Quelle: SODII Report 2007-02. Hrsg.: Solidaritätsdienst-international e.V., Berlin

PRO: Besser als ihr Ruf

John Kirton von der G-8-Forschungsgruppe der Universität von Toronto, dessen Arbeit von den G8-Staaten finanziert wird, beschreibt die G8 als ein „System globalen Regierens“, welches im Vergleich mit dem Uno-Modell gar nicht so übel abschneide...

Auch Afrika haben G-8-Gipfel helfen können: 1999 und 2005 wurde beschlossen, die Schulden der ärmsten Länder zu erlassen. Inzwischen sind 24 von 41 Ländern entschuldet, der Rest ist auf dem Weg dahin. Deshalb verteidigt die deutsche Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiecezorek-Zeul (SPD) auch den Gipfel von Heiligendamm. Im Abschlussdokument sei die Ausweitung von Mikrokrediten für die Ärmsten vorgesehen...

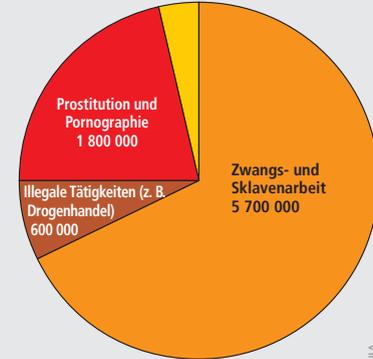
Kirtons Forschungsgruppe führt Buch über die Einhaltung der Gipfelversprechen... Zwischen 1975 und 1989 betrug der Durchschnittswert 31 Prozent. Seither ist er auf fast 50 % gestiegen... Eine hundertprozentige Umsetzung zu einzufordern, hält Kirton für naiv.

Quelle: Carsten Volkery, Warum der G-8-Gipfel besser ist als sein Ruf. In: SPIEGEL ONLINE 2007

G7 Kinderarbeit

8,4 Millionen Kinder sind betroffen

Einsatz in bewaffneten Konflikten
300 000

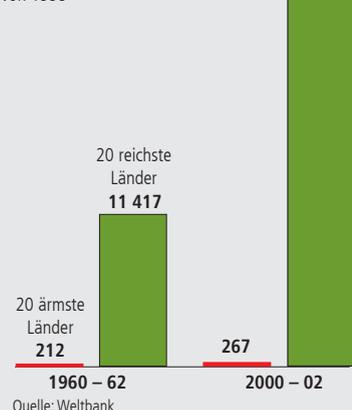


Quellen: UNICEF und ILO

OMNIA

G9 Die Schere öffnet sich

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf
in US-Dollar je Jahr
zu konstanten Preisen
von 1995



Quelle: Weltbank

OMNIA

Aufgaben

1. Was verstehen Sie unter Armut?
2. Beschreiben Sie die Verbreitung von Armut in Entwicklungsländern und bilden Sie Hypothesen zur Erklärung der Armutsursachen.
3. Diskutieren Sie die Thesen (Pro / Kontra):
- Armut ist selbst verschuldet;
- Armut ist die Folge struktureller Benachteiligung.
4. Erläutern Sie die Millenniums-Entwicklungsziele unter dem Aspekt der Armutsbekämpfung. Wie schätzen Sie die Realisierungschancen ein?
5. Diskutieren Sie, ob und gegebenenfalls wie Globalisierung zur Überwindung von Armut beitragen kann.
6. Auch Sie können einen Beitrag zur Minderung der Armut leisten. Machen Sie Vorschläge und stellen Sie diese zur Diskussion.

Weltbevölkerung und Entwicklung

Von 1804 bis 1927, in 123 Jahren also, hat sich die Weltbevölkerung auf zwei Milliarden verdoppelt. 1974, nur 47 Jahre später, lebten vier Milliarden Menschen, 1999, weitere 25 Jahre später, schon mehr als 6 Milliarden Menschen auf der Erde. Die Menschheit hat sich im 20. Jahrhundert nahezu vervierfacht.

Prognostizierte Entwicklung der Weltbevölkerung

Das rasante Wachstum der Weltbevölkerung setzt sich weiter fort. Die Anzahl der Menschen auf der Erde wird bis zur Mitte unseres Jahrhunderts voraussichtlich auf mehr als 9,2 Milliarden ansteigen. Zwar schwächt sich das Wachstum der Weltbevölkerung allmählich ab: Ende der 1960er Jahre 2,4 %, eine jährliche Zunahme von 88 Millionen, heute 1,2 %. Das bedeutet aber immer noch eine Zunahme um 77 Millionen im Jahr oder um 211 000 Menschen pro Tag. Eine exakte Prognose über die weitere Zunahme der Weltbevölkerung ist jedoch nicht möglich. Die Vereinten Nationen haben vier Projektionsvarianten entwickelt; nach der realistisch erscheinenden Variante dürfte der Bevölkerungszuwachs um die Mitte des 22. Jahrhunderts bei 11 bis 12 Milliarden Menschen zum Stillstand kommen (G10–G14, G18, G19).

Wachstum dort, Schrumpfung hier

Heute leben über 5,3 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern und nur gut 1,2 Milliarden in den Industrieländern. Regional war die Bevölkerungsentwicklung höchst unterschiedlich (Karte S. 92, G12–G14, G18, G19). In den Industrieländern stagniert die Bevölkerungszahl oder ist – wie in einigen Ländern des Nordens – sogar rückläufig. Lediglich die USA bilden mit einer Bevölkerungswachstums-

rate von 0,6 % eine auffällige Ausnahme. In den Entwicklungsländern (ohne China) wächst die Bevölkerung aber um 1,8 % jährlich (G14). Das heißt: Rund 95 % des gesamten Bevölkerungswachstums der Erde entfallen auf die Entwicklungsländer. Bis zum Jahre 2050 wird allein die Bevölkerung der 50 ärmsten Länder um 0,8 Milliarden auf 1,7 Milliarden anwachsen.

Geburtenüberschuss prägt den Altersaufbau der Bevölkerung in den Entwicklungsländern. Die Hälfte ihrer Bevölkerung ist jünger als das **Durchschnittsalter** (Medianalter) von 24,4 Jahren (2006). In den Ländern Afrikas ist es mit 18,4 Jahren das niedrigste aller Kontinente (G12). In den Ländern südlich der Sahara sind 44 % der Bevölkerung jünger als 15 Jahre. Der hohe Anteil junger Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter führt in den Entwicklungsländern selbst bei rückläufiger Kinderzahl pro Elternpaar zu einer anhaltenden Bevölkerungszunahme, dem so genannten Bevölkerungsmomentum („demographischer Schwung“). Hier wird die Bevölkerung bis 2025 um etwa 1,4 Milliarden Menschen zunehmen. Der Anteil der Menschen über 65 Jahre beträgt dagegen in den Entwicklungsländern nur 5 %, in den Industrieländern aber mehr als 15 % (G12).

Die **Gesamtfruchtbarkeitsrate** (die durchschnittliche Anzahl an Kindern, die eine Frau in ihrem Leben zur Welt bringt), liegt in den Entwicklungsländern (ohne China) bei 3,5 Geburten pro Frau, in den Industrieländern dagegen unter 1,6. Damit wird die zur Selbsterhaltung einer Be-

völkerung erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Paar unterschritten. Die Entwicklung der Weltbevölkerung bis 2050 hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf das **Erhaltungsniveau** von zwei Kindern abzusinken. Bereits geringe Abweichungen von dieser Größe können erhebliche Auswirkungen auf das Wachstum der Weltbevölkerung haben (G10–G13).

Ein weiterer Faktor, der die Entwicklung der Weltbevölkerung beeinflusst, ist die **Lebenserwartung** der Neugeborenen (G18). In den Industrieländern liegt sie gegenwärtig (2006) um fast 30 Jahre über dem Durchschnitt der Länder Afrikas südlich der Sahara. Deren Lebenserwartung von 46 Jahren liegt 20 Jahre unter dem Weltmittelwert (67 Jahre). Alle anderen Entwicklungsregionen der Welt weisen über dem Durchschnitt liegende Werte auf, mit Ausnahme des südlichen Zentralasien (64 Jahre). Bevölkerungsexperten der UN erwarten bis 2050 weltweit eine weitere Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung, jedoch dürften sich die regionalen Unterschiede bis dahin noch nicht umfassend abgebaut haben.

In den Industrieländern führen dagegen Stagnation bzw. Rückgang des Bevölkerungswachstums und immer noch steigende Lebenserwartung zu einem hohen Medianalter von 37,4 Jahren (2000) (in Deutschland 43 Jahre). Der Alterungsprozess wird sich in den Industrieländern unvermindert bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts fortsetzen, er wird aber auch die Entwicklungsländer aufgrund der stei-



Kinder – Reichtum der Armen? Mütter mit ihren Kindern warten in der Region Gode, Äthiopien, auf Hilfe während der Hungerkatastrophe 2000.

Problemlösungsalternativen

Das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern und der dramatische Alterungs- und Schrumpfungprozess in den meisten Industrieländern und neuerdings auch in manchen Schwellenländern sowie in den höheren Einkommensgruppen der Entwicklungsländer stellen die nationalen Regierungen vor schwierige Versorgungsaufgaben, die aus wachsenden Versorgungslasten für die abhängigen Bevölkerungsgruppen entstehen. Es handelt sich dabei zum einen um Kinder und Jugendliche, die noch nicht am Erwerbsleben teilnehmen, zum anderen um ältere Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Der „**Abhängigkeitsindex**“ gibt an, wie viele Kinder und Jugendliche sowie alte Menschen auf 100 Menschen im Erwerbsalter (15 bis 65 Jahre) entfallen.

Der **Altersaufbau** der Bevölkerung wirkt sich unmittelbar auf die ökonomischen Entwicklungschancen eines Landes aus: Ein hoher Anteil an abhängigen jungen sowie alten Menschen kann infolge hoher Versorgungslasten das wirtschaftliche Wachstum bremsen. Wächst aber eine breite Gruppe gebildeter und gut ausgebildeter Jugendlicher in das Erwerbsleben hinein, und sinkt gleichzeitig die Fruchtbarkeitsrate, bestehen bei stabilen politischen Verhältnissen günstige Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum. Diese lassen sich optimal nutzen, wenn sich innerhalb einer Generation durch merklichen Rückgang der Fertilitätsrate kurzzeitig ein „**demographisches Fenster**“ öffnet (G11).

Die Völkergemeinschaft sucht nach Wegen, die schwerwiegenden Folgen so-

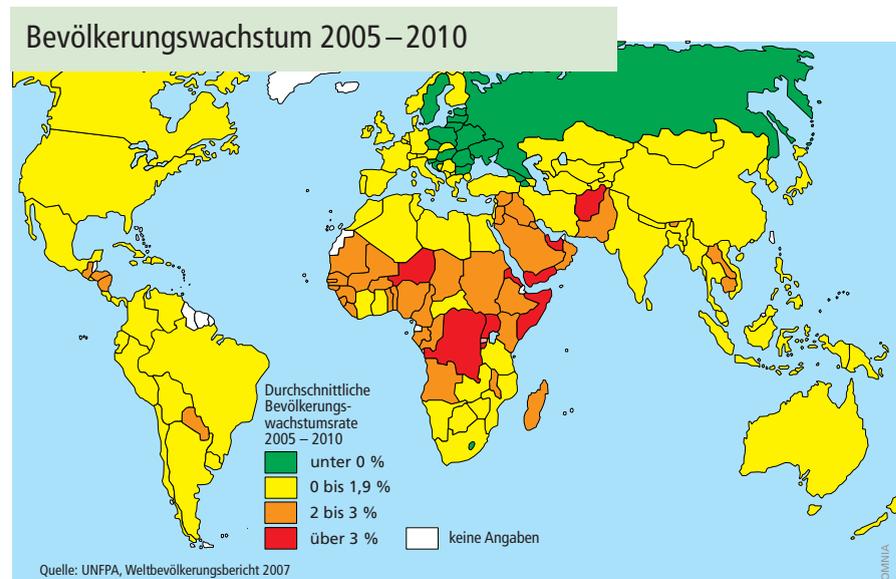
genden Lebenserwartung sowie der rückläufigen durchschnittlichen Geburtenzahl je Frau immer stärker erfassen. Lebten im Jahre 2000 erst 600 Millionen Menschen auf der Erde, die älter als 60 Jahre waren, werden es 2050 voraussichtlich ca. zwei Milliarden sein (G13). Daran werden die Entwicklungsländer einen rasch steigenden Anteil haben.

Ursachen der regionalen Unterschiede

Die Ursachen der regional unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung sind vielschichtig. Sie sind teils endogenen, teils exogenen Ursprungs. Endogene und exogene Verursachungskomponenten sind eng miteinander verwoben und regional bzw. national sowie zeitlich bzw. historisch unterschiedlich miteinander kombiniert.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden die Entwicklungsunterschiede in der Welt, in denen sich auch die regionalen Unterschiede der Bevölkerungsentwicklung widerspiegeln, auf allgemeingültige Verursachungsphänomene wie den Kolonialismus, den Kapitalismus, kulturelle Besonderheiten, strukturelle Abhängigkeit usw. zurückgeführt. Heute geht man dagegen davon aus, dass Unterentwicklung und Entwicklung nicht nur eine einzelne Ursache haben. „Es gibt keinen allumfassenden und alles erklärenden Begriff von Unterentwicklung [und Entwicklung, K.E.], der die jeweils verschiedenen historischen, natürlichen und ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen, kulturellen und anthropologischen Komponenten in sich vereint und gleichzeitig in eine kausale Wechselbeziehung unter Be-

rücksichtigung internationaler Rahmenbedingungen bringen könnte“ (Nuscheler 2005, S. 223 f.). In den Entwicklungsländern können Armut, Hunger, Mangel- und Unterernährung, Krankheit, Epidemien wie Aids, Malaria, Masern, eine hohe Fertilitätsrate, ausbeuterische Eliten, unzureichende Bildung, fehlende Arbeitsplätze, Naturkatastrophen etc. in wechselnden Kombinationen als Auslöser des dynamischen Bevölkerungswachstums angesehen werden (vgl. entsprechende Kapitel in diesem Arbeitsheft). In den Industrieländern gelten dagegen Überfluss und Wohlstand als die Faktoren, welche die Fertilität einengen bzw. reduzieren, die durchschnittliche Lebenserwartung steigern und damit das Bevölkerungswachstum bremsen. Im Einzelfall bedarf es der Analyse der hier jeweils vorliegenden Verursachungskomponenten und der diesen zugrunde liegenden Ursachenherde.





Nicht nur die Anzahl der Menschen wächst...
Bild: Taxistand an einem Bahnhof in Beijing
(Peking), China. Aufnahme 27. 12. 2006

higkeit unseres Planeten hängt also ebenso vom Bevölkerungswachstum in den armen Ländern wie vom Wohlstandswachstum in den reichen Ländern ab.

Die Probleme, die sich aus dem weiteren Wachstum der Weltbevölkerung ergeben, beschränken sich nicht auf reine Bevölkerungsprobleme wie Bevölkerungszahl, -verteilung oder Altersaufbau, Geschlechterverhältnis, Geburten- oder Sterberate. Sie sind weit vielschichtiger und komplexer und werden von vielen weiteren Faktoren beeinflusst, zum Beispiel von Lebensstandard, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Kultur, Herrschaftsform, natürlicher Umwelt usw. Umgekehrt hat aber auch das Bevölkerungsphänomen Einfluss auf diese Bereiche. Beide Bereiche bilden einen **Systezusammenhang**.

Deshalb müssen Strategien zur Überwindung der Bevölkerungsproblematik und damit letztlich auch zur Lösung der vielfältigen Entwicklungsprobleme entsprechend vielseitig und vielschichtig angelegt sein.

Wirksame Strategien wurden auf der Weltbevölkerungskonferenz von 1994 in Kairo beschlossen. 179 Staaten hatten sich auf ein Aktionsprogramm mit den folgenden Zielen verständigt:

- Zugang zu Familienplanung für alle Paare bis 2015 unter besonderer Betonung des Aspektes der **reproduktiven Gesundheit** (G44),
- Bekämpfung von HIV/Aids (G40–G42),
- Grundschulbildung für alle Kinder, für Mädchen und Jungen gleichermaßen (S. 123 ff.),

- Reduzierung der Müttersterblichkeit um 75 % bis 2015,
- Reduzierung der Kindersterblichkeit,
- Steigerung der allgemeinen Lebenserwartung.

Vier der acht Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen greifen Kernpunkte des Kairoer Aktionsprogramms auf. Der Schwerpunkt liegt auf der Betonung der Bedeutung der reproduktiven Gesundheit für Entwicklungsfortschritte. Die Materialien G44, G45, G47 und G48 erläutern ihren bevölkerungspolitischen Stellenwert.

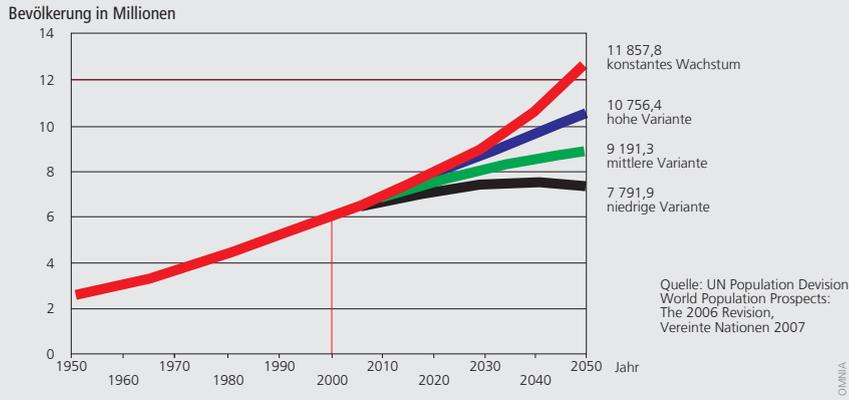
Leider sind die bisherigen Ergebnisse der Konferenz von Kairo wenig überzeugend. Die 10-Jahres-Bilanz stellt lediglich leichte Fortschritte bei den staatlichen Familienplanungsprogrammen und bei der Bekämpfung von HIV/Aids heraus. Dagegen hat sich die Müttersterblichkeit kaum verringert (G31). Als Hauptgrund für die unbefriedigende Bilanz wird die nicht eingehaltene Finanzierungszusage der Industrieländer angeführt. Diese hatten sich verpflichtet, ab dem Jahre 2000 jährlich 6,1 Milliarden US-Dollar für die Realisierung des Aktionsprogramms aufzubringen. Tatsächlich haben sie bisher nur gut die Hälfte dieser Summe bereitgestellt. Zweifellos ist auch das unzureichende Engagement vieler Regierungen des Südens, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, mitverantwortlich für die zögerliche Umsetzung des Programms. Ein neuer Impuls geht von dem 2005 beschlossenen Aktionsprogramm zur Umsetzung der Millenniumsziele aus.

wohl des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern (Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger, Umweltbelastungen, Umweltzerstörung usw.) als auch der alternden, rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu überwinden. Die zentrale Frage lautet: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit das Überleben der wachsenden Menschheit angesichts knapper werdender Ressourcen gesichert ist? Die entscheidende Größe für das Überleben der Menschheit ist der **Ressourcenverbrauch** je Einwohner. Es ist nicht allein das starke Bevölkerungswachstum in den armen Ländern, das den Anstieg des globalen Ressourcenverbrauchs verursacht, sondern vor allem das Wohlstandswachstum in den Industrieländern und in steigendem Maße auch in den NIC und in den Schwellenländern. Hier liegt der durchschnittliche Ressourcenverbrauch je Einwohner um ein Vielfaches höher als in den armen Ländern. Die Bevölkerungstragfä-

Die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit Trinkwasser wird eine der großen Aufgaben der Zukunft sein.



G10 Weltbevölkerung 2050 (Projektion)

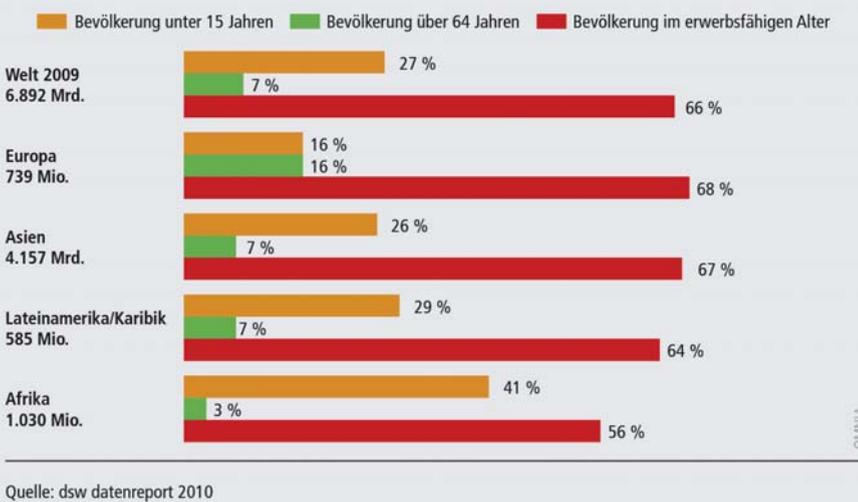


G11 „Demographische Dividende“

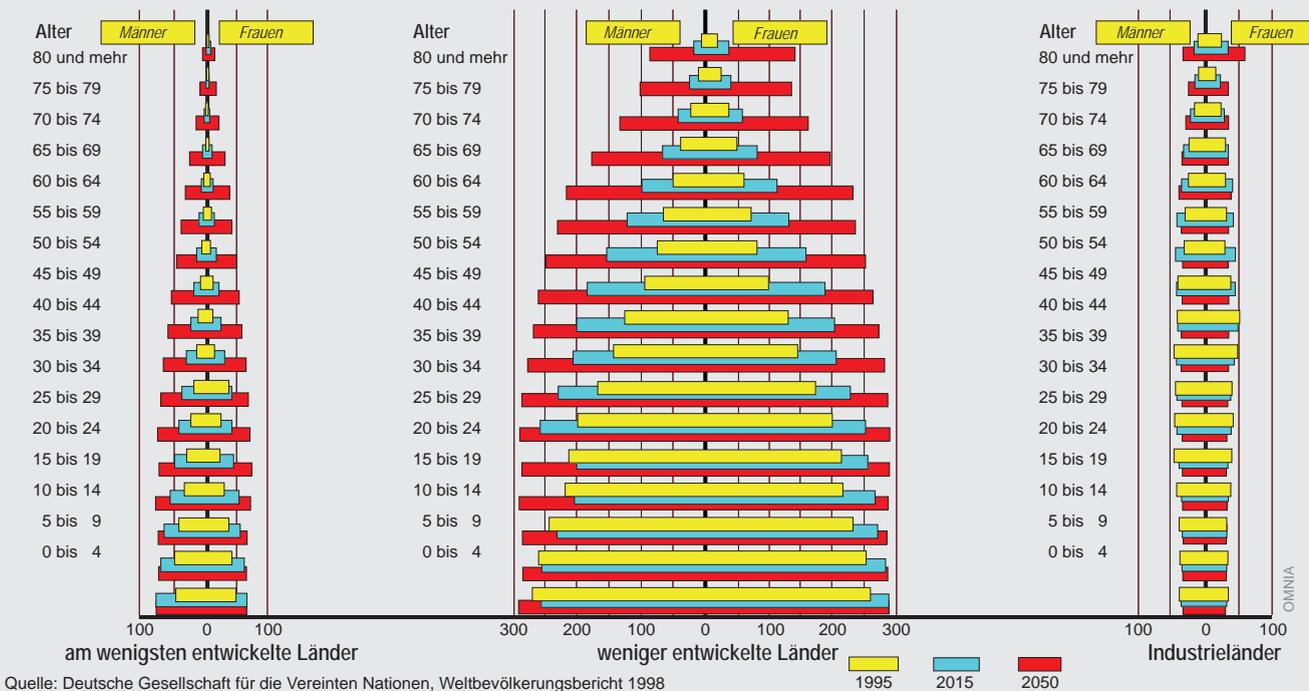
Heute bietet sich für viele arme Länder zudem die einmalige Gelegenheit, die „demographische Dividende“ während des Zeitfensters zu nutzen, in dem die erwerbsfähige Bevölkerung zunimmt und gleichzeitig der Anteil der Alten und Kinder, die versorgt werden müssen, vergleichsweise niedrig ist. Dies wirkt sich sehr positiv auf die Entwicklung der Länder aus, weil wirtschaftliche Produktivität, Investitionen und Konsum steigen. Ein Teil des Aufschwungs der asiatischen Tigerstaaten ist der „demographischen Dividende“ zuzuschreiben. Mit sinkenden Fertilitätsraten schließt sich das Fenster, wenn die größte Jugendgeneration eines Landes nicht mehr erwerbstätig ist. Dies ist derzeit in den meisten Industrieländern zu beobachten, in denen die „Baby Boomer“ bald das Rentenalter erreichen, so dass die Gesellschaften nun vor der demographischen Herausforderung der Alterung stehen. „Die meisten Entwicklungsländer haben nur ein kleines Zeitfenster, bevor die Rekordzahlen an Jugendlichen ins mittlere Alter kommen und sie ihre ‚demographische Dividende‘ einbüßen“, sagt Emmanuel Jimenez, Hauptautor des Weltbevölkerungsberichts 2007. Die Zahl junger Menschen erreichte in vielen armen Ländern in der nächsten Dekade ihren Höchststand. Der Bericht betont zudem die Bedeutung der Gesundheitspolitik. Eine gute Gesundheitsversorgung sei nicht allen jungen Menschen zugänglich. Ein durchschnittlicher 15-Jähriger habe in den Industrieländern heute eine 90-prozentige Chance 60 Jahre alt zu werden. In Afrika südlich der Sahara läge die Wahrscheinlichkeit dagegen nur bei 50 Prozent – vor allem wegen Krankheiten wie Aids. In den am stärksten von HIV/Aids betroffenen Ländern würden sogar nur 20 Prozent der jungen Männer 60 werden.

Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), newsletter Jan. 2007, S. 2

G12 Afrika ist am jüngsten



G13 Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1995, 2015 und 2050

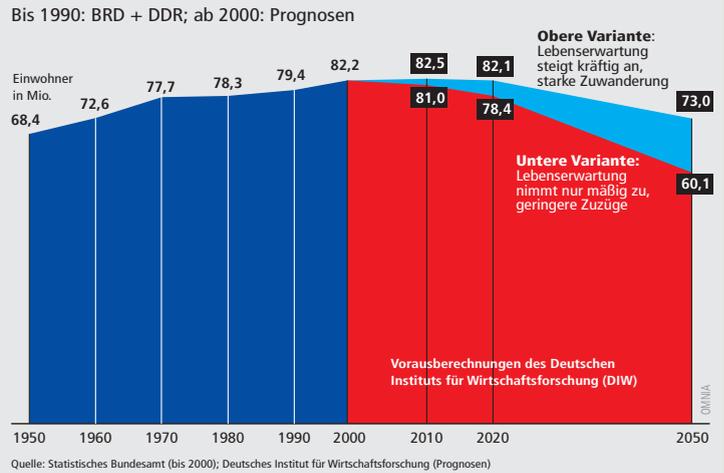


G14 Bevölkerungswachstum regional

Jahr/Variante	Welt	Industrie-länder	Entwick-lungs-länder	Afrika	Asien	Latein-amerika	
1950	2 516	832	1 684	222	1 377	165	
1960	3 019	945	2 074	280	1 668	217	
1970	3 697	1 049	2 648	363	2 102	283	
1980	4 447	1 136	3 310	479	2 584	359	
1990	5 295	1 211	4 084	643	3 118	441	
2000	6 057	1 185	4 793	767	3 634	511	
2006	6 540	1 215	5 326	926	3 951	569	
2010	niedrig	6 844	1 222	5 622	1 024	4 127	588
	mittel	6 904	1 232	5 674	1 032	4 166	594
	hoch	6 967	1 243	5 725	1 040	4 204	599
2025	niedrig	7 569	1 194	6 375	1 324	4 508	647
	mittel	8 011	1 259	6 752	1 394	4 779	688
	hoch	8 451	1 323	7 127	1 463	5 050	729

Quelle: United Nations World Population Prospects 2006; Weltbevölkerungsberichte 1995, 2007

G15 Bevölkerungsentwicklung Deutschland 1950–2050



G16 Arbeitslose Jugendliche

Die Hälfte aller Arbeitslosen ist unter 25 Jahre alt

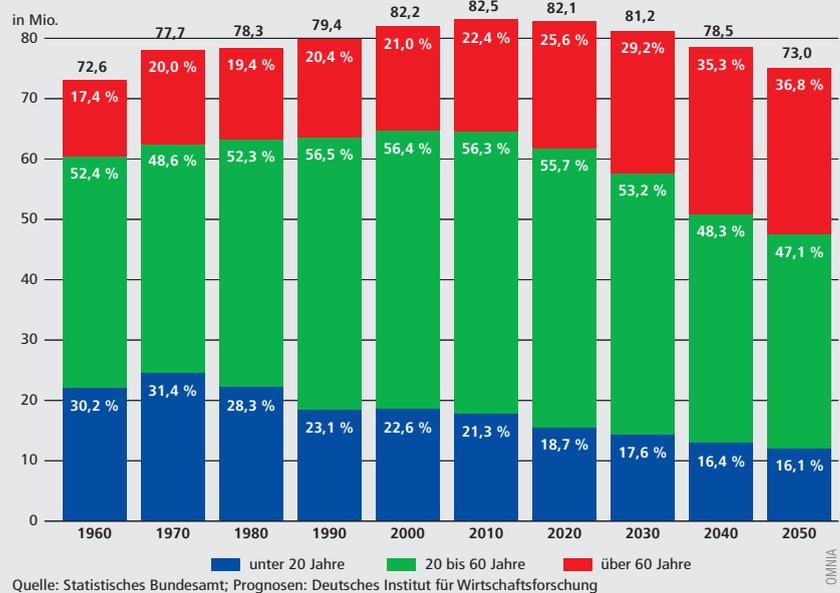
Junge Menschen stellen weltweit ein Viertel der Erwerbsbevölkerung, aber fast die Hälfte aller Arbeitslosen. Allein im Nahen Osten und in Nordafrika müssten bis 2020 etwa 100 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um den Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt aufzufangen.

Hinzu kommt, dass etwa 130 Millionen der 15- bis 24-Jährigen nicht lesen und schreiben können. Arme Jugendliche haben oft nur geringe Bildungschancen. Die Weltbank empfiehlt daher, massiv in die Grundschulbildung zu investieren, um eine Basis für die Berufsausbildung zu schaffen. 20 Prozent der Unternehmen in Ländern wie Algerien, Bangladesch, Brasilien, China und Sambia nennen niedrige Bildungs-raten und geringe Berufsqualifikation als „größte Hemmnisse für den Geschäftsbetrieb“.

Quelle: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW), newsletter Jan. 2007, S. 2; (auch: W3)

G17 Deutschland altert

Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur
Bevölkerung in absoluten Zahlen und Altersgruppen in Prozent, Deutschland 1960 bis 2050



G18 Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren

Region	2010 – 2015	
	m	w
Welt	68	72
Entwicklungsländer	67	70
Arabische Staaten	69	73
Asien und Pazifik	69	72
Lateinamerika und Karibik	72	78
Afrika südlich der Sahara	54	56
Zentral- und Osteuropa/GUS	68	76
OECD-Länder	75	82

Quelle: UNFPA, State of the World Population 2011

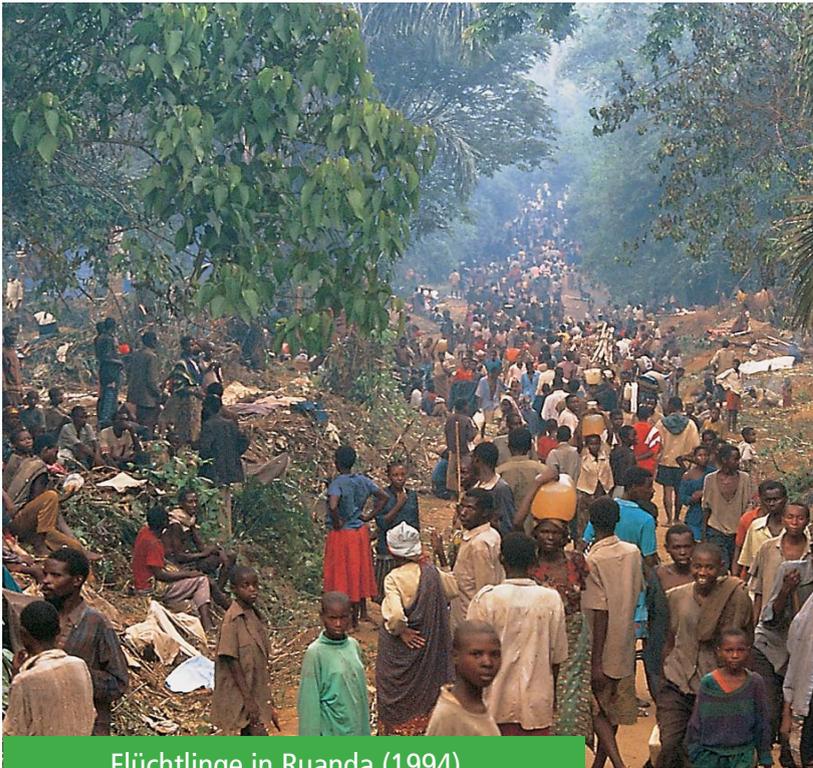
G19 Entwicklung des Durchschnittsalters in Jahren

Region	1950	2000	2050
Welt gesamt	23,5	26,6	37,8
gut entwickelte Länder	28,6	37,5	45,6
wenig entwickelte Länder	21,3	24,4	36,7
Afrika	18,7	18,4	30,7
Asien	21,9	26,3	39,3
Europa	29,2	37,8	47,4
Südamerika	20,1	24,5	37,8
Nordamerika	29,8	35,1	42,1
Ozeanien	27,9	30,7	39,3

Quelle: UN-Berichte zur Weltbevölkerung

Aufgaben

- Beschreiben und begründen Sie das Wachstum der Weltbevölkerung. und Entwicklungsländern und diskutieren Sie zukünftige Trends der Weltbevölkerungsentwicklung.
- Begründen Sie die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern.
- Interpretieren Sie G13. Erläutern Sie, welche sozialpolitischen Folgerungen sich aus den Unterschieden im Bevölkerungsaufbau zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ergeben.
- Erläutern Sie die Begriffe „Demographisches Fenster“ und „Demographische Dividende“ und die sich daraus ergebenden wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsoptionen (G11).
- Vergleichen Sie die prognostizierte langfristige Bevölkerungsentwicklung in Industrie- und Entwicklungsländern und diskutieren Sie zukünftige Trends der Weltbevölkerungsentwicklung.
- Stellen Sie mit Hilfe von G14, G18 und G19 eine Rangordnung der bis 2025/2050 zu erwartenden Alterungsprozesse der Entwicklungskontinente Afrika, Asien und Lateinamerika auf und begründen Sie die Abfolge.
- Stellen Sie mit Hilfe der lokalen Bevölkerungsstatistik die demographische Entwicklung Ihres Wohn-/Schulortes dar. Interviewen Sie politisch Verantwortliche der Gemeindeverwaltung, des Gemeindeparlaments und der politischen Parteien bezüglich der sich aus den demographischen Trends ergebenden Aufgaben und Probleme und diskutieren Sie lokalpolitische Handlungsalternativen.



Flüchtlinge in Ruanda (1994)



Berufsverkehr in Bangkok (2007)

Migration und Verstädterung

Zu allen Zeiten und in allen Regionen der Erde hat es Bevölkerungswanderungen gegeben. Wurden sie früher vor allem durch die Suche nach günstigeren, noch nicht oder dünn besiedelten Lebensräumen ausgelöst, so hat im Zeitalter der Industrialisierung eine unvergleichliche Migrationswelle eingesetzt. In Europa wurde sie zu einem Ventil für den hier im 18. Jahrhundert einsetzenden Bevölkerungsdruck. Siedlungskolonien in Nord- und Südamerika und in Australien sowie die mit der Industrialisierung beginnende Verstädterung halfen, den wachsenden Bevölkerungsdruck aufzufangen.

Im Gegensatz zu Europa haben die nach dem Zweiten Weltkrieg mit Vehemenz einsetzenden Migrations- und Verstädterungsprozesse in den Entwicklungsländern eine andere Qualität:

- Anders als für europäische Auswanderer des 18. und 19. Jahrhunderts wird die Süd-Nord-Migration durch Armut, starkes Bevölkerungswachstum, fehlende Beschäftigungschancen, politische Instabilität und Unterdrückung, bewaffnete Kon-

flikte (P1, P6, P22, P23, P26), Naturkatastrophen, Umweltzerstörung und durch den Sog des hohen Wohlstands in den Industrieländern verursacht.

- Aufgrund weitaus größerer Bevölkerungsmengen und höherer Bevölkerungswachstumsraten (G14) hat der Verstädterungsprozess in den Entwicklungsländern eine weit kräftigere Dynamik entfaltet und bis dahin nicht gekannte Dimensionen erreicht (G22).

- Im Gegensatz zu Europa, wo die Städte die Zentren der Industrialisierung bildeten und den Zuwandernden aufgrund ausreichend neuer Arbeitsplätze zumindest Existenzsicherheit boten, reichen in den meisten Städten des Südens die Arbeitsplatzangebote bei weitem nicht aus, um allen Zuwandernden ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Teile der ländlichen Armut werden so in die städtischen Slums verlagert. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit, Auflösung der Großfamilie, soziale Polarisierung und Entwurzelung, Kriminalität, Vereinsamung, Gesundheitsprobleme usw.

Unterschieden werden interne (innerhalb von Staatsgrenzen) und internationale grenzüberschreitende Migration. Die **internationale Migration** rekrutiert sich aus Flüchtlingen, Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen und legalen sowie illegalen Migranten, die ihr Land hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen verlassen haben. Die legalisierte Migration erfolgt weitgehend in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Auswanderungs- und Einwanderungsland. Illegal in ein anderes Land Eingewanderte, die einen individuellen Verfolgungstatbestand nicht nachweisen können, sind zwar durch die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aus der rechtlichen Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten zur Gewährung von Asyl bzw. Schutz ausgeschlossen, doch der tägliche Ansturm Hunderter Menschen auf die „Festung Europa“ zeigt, dass es sich dabei eher um eine juristische, in der Praxis kaum durchsetzbare Regelung handelt. Wer vor Hunger, Bürgerkrieg, Unterdrückung und Umweltkatastrophen in ein anderes Land flüchtet, hat zumindest

moralischen Anspruch auf Schutzgewährung und wenigstens vorübergehende Aufnahme.

Die **interne Migration** erstreckt sich auf Wanderungsprozesse innerhalb nationaler Grenzen. Sie hat teilweise der internationalen Migration vergleichbare Ursachen. Von besonderer Bedeutung ist die Gruppe der Binnenflüchtlinge, deren Zahl die der internationalen Flüchtlinge um ein Mehrfaches übersteigt (2001 = 25 Millionen, 2005 = 21 Millionen); sie blieben in der öffentlichen Diskussion lange Zeit unbeachtet. Im Gegensatz zu internationalen Flüchtlingen haben Binnenflüchtlinge keinen Anspruch auf internationalen Schutz und Hilfe. Für sie galten bisher ausschließlich die Gesetze ihres Landes; internationale Hilfsmaßnahmen wären von den zuständigen Regierungen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Staates abgelehnt worden. Erst das erschreckend große Ausmaß des Staatszerfalls in vielen Ländern Subsahara-Afrikas, z.B. Angola, Liberia, Somalia oder die Demokratische Republik Kongo, haben das Schicksal der Binnenflüchtlinge stärker in den internationalen Fokus gerückt und internationale Schutz- und Hilfsmaßnahmen eingeleitet (vgl. S. 63 ff.). Bei der Land-Stadt-Wanderung kommen weitere Pull- und Pushfaktoren hinzu (s. u.).

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion steht seit geraumer Zeit die **internationale Migration**, insbesondere die **interkontinentale Migration**. Rund 200 Millionen Menschen leben, häufig illegal, in Ländern, die nicht ihr Heimatland sind. Fast die Hälfte davon findet Aufnahme in Entwicklungs-

und Schwellenländern. Hier haben außerdem von den zur Zeit ca. 10 Millionen Flüchtlingen und Asylsuchenden etwa 70 % Aufnahme gefunden. Die höchsten Aufnahmequoten entfallen auf Pakistan (1,1 Mill.), Iran (716 400) und Tansania (549 000); unter den Industrieländern sind die USA, Russland und Deutschland die wichtigsten Flüchtlings-Aufnahmeländer. Hauptherkunftsgebiete der Flüchtlinge sind die Krisenregionen Afrikas, der Nahe und Mittlere Osten sowie Zentral- und Südwestasien (Karte unten).

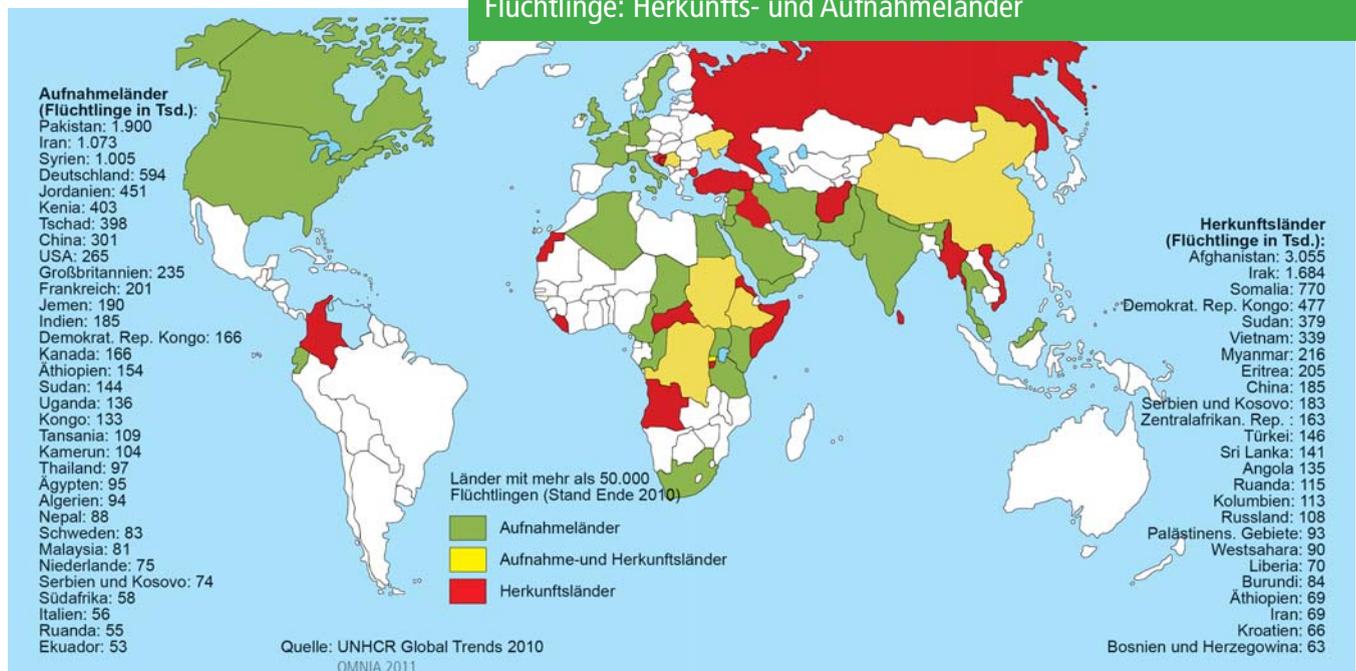
Größer als die Zahl der Flüchtlinge ist der Anteil der Migranten, die sich in anderen Ländern und Kontinenten z.T. legal, z.T. illegal aufhalten und Arbeit suchen. Exakte Daten über diese häufig als „Wirtschafts- bzw. Arbeitsmigranten“ bezeichneten Menschen liegen jedoch nicht vor. Als Wandermotive gelten existenzielle Notlagen, aber auch durch globales und regionales Wohlstandsgefälle erzeugte Migrationsanreize, die durch Bilder von fernen Wohlstandsinselfen vermittelt, eine Verstärkung erfahren. Selbst häufig enttäuschte Erwartungen haben nicht zu einem Nachlassen des (interkontinentalen) Migrationsdruckes geführt, der vor allem auf die südeuropäischen Küstenländer Spanien und Italien gerichtet ist. Allein im Jahre 2006 haben es rund 25 000 Migranten, überwiegend aus afrikanischen Ländern, trotz restriktiver Einwanderungsgesetze geschafft, über die Kanarischen Inseln bzw. die italienische Insel Lampedusa Europa zu erreichen. Überraschenderweise kommt die Mehrzahl von ihnen nicht aus den ärmsten Ländern und

Bevölkerungsschichten; vielmehr handelt es sich zum überwiegenden Teil um relativ gut ausgebildete junge Menschen, die sich als zahlungsfähige Angehörige der städtischen Mittelschicht gut verdienen den Schleppern ausliefern und das Risiko einer vor allem auf dem Seewege gefährlichen interkontinentalen Wanderung eingehen, die vielfach in enttäuschten Erwartungen, in Illegalität, Rechtlosigkeit und Marginalität endet.

Ambivalente Wirkungen der internationalen Migration

Im Gegensatz zur landesinternen Migration sind an der internationalen Migration das Herkunfts- und das Aufnahmeland der Migranten beteiligt, häufig auch noch Transitländer. Ob und in welcher Weise Migration einem Land nutzt oder schadet, hängt von seinen individuellen Voraussetzungen und Bedingungen ab und bedarf der jeweiligen speziellen Prüfung und Abwägung. Generell gilt für die Herkunftsländer der Migranten, dass der Abzug von Humanpotenzialen kritisch zu bewerten ist, wenn diese für die Wahrnehmung von Entwicklungschancen unverzichtbar sind. „**Braindrain**“ nimmt armen Entwicklungsländern ihre Entwicklungsgrundlage. Der Abzug von qualifizierten jungen Menschen aus entwicklungsfähigen armen Ländern ist entwicklungspolitisch nur dann zu rechtfertigen, wenn überschüssige Entwicklungspotenziale vorhanden sind, aber im eigenen Lande nicht gebraucht werden. Migranten tragen dann nicht nur zur Entlastung des heimischen

Flüchtlinge: Herkunfts- und Aufnahmeländer



Arbeitsmarktes bei Geldüberweisungen an ihre Familien im Heimatland helfen auch, Armut zu lindern und akute Notsituationen zu überbrücken. Laut Weltbank beliefen sich im Jahre 2005 die Überweisungen von Migranten aus Entwicklungsländern in ihre Heimatländer auf rund 170 Milliarden US-Dollar; das ist weit mehr als die weltweiten Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (2005 = rd. 106 Mrd. US-\$). Ohne diese Geldtransfers wäre in vielen Ländern die Armut noch weit größer. Sie sind ein wichtiger Beitrag nicht nur zur Verbesserung der Haushaltseinkommen, sondern auch zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität mancher armer Länder.

Darüber hinaus gehen wichtige Entwicklungsanstöße von der Rückwanderung aus: Remigranten bringen in der Regel angespartes Kapital, lebenswichtige Güter, Erfahrungen und Wissen mit zurück, die häufig für Existenzgründungen eingesetzt werden, neue Arbeitsplätze schaffen und so Entwicklungsimpulse geben. So haben zum Beispiel Remigranten am wirtschaftlichen Aufstieg der Türkei einen bedeutenden Anteil.

Kaum weniger groß, aber anders gelagert sind die Probleme in den Aufnahmeländern der Migranten. Während die legalisierte, häufig zeitlich befristete Zuwanderung relativ problemlos ist, bereiten illegale Migration und unvorhersehbarer Zustrom von Flüchtlingen in den Aufnahmeländern mehr oder weniger große Schwierigkeiten; das gilt insbesondere für die aufnehmenden Entwicklungsländer, die ohnehin genug mit eigenen Problemen zu tun haben. Beispielsweise ist für ein armes Entwicklungsland wie Tansania die Aufnahme von rund 549 000 Flüchtlingen (2005) weit belastender als die Versorgung von 4,7 Millionen Flüchtlingen in den europäischen Industrieländern. Probleme bereiten allen Aufnahmeländern:

- die Unplanbarkeit des Zustroms illegaler Migranten und Flüchtlinge und dementprechende Engpässe bei ihrer Unterbringung und Versorgung;
- die Unbestimmtheit der Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland und daraus resultierende finanzielle Belastungen;
- der fehlende Einfluss auf die Auswahl der Migranten (z. B. Alter, Geschlecht, berufliche Qualifikation, Bleiberecht, Befristung des Aufenthalts);
- die Belastung des Sozialtats durch nicht erwerbsfähige bzw. -tätige Migranten (z. B. Kinder, Alte, erwerbslose Frauen, Kranke, Arbeitslose);
- die Integration der Migranten in die Kul-

tur und die Lebensformen des Aufnahmelandes.

Aufgrund der fortschreitenden Globalisierung, des weiteren Wachstums der Weltbevölkerung und sich verschärfender Umweltprobleme wird der Migrationsdruck sich weiter erhöhen. Umso mehr gilt es, den Migrationsprozess zum Nutzen aller in geordnete Bahnen zu lenken.

Migration braucht faire Regeln

Von zentraler Bedeutung ist eine engere internationale Zusammenarbeit zwischen den Quell- und Zielländern sowie den Durchgangsländern der internationalen Migration. Deren Ziel sollte es sein, zum einen den Ursachen irregulärer Migration und Flucht konstruktiv zu begegnen, zum anderen deren Potenziale aufzudecken und entwicklungsfördernd zu nutzen. Wo Armut Migrationsauslöser ist, gilt es, diese im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam anzugehen und potenziellen Migranten eine Bleibeperspektive zu geben. Für illegale Migration verausgabte Gelder sind sinnvoller eingesetzt, wenn sie im Auswanderungsland in Projekte zur Armutsbekämpfung (z. B. Gesundheits- und Bildungsprojekte, Landwirtschaft, Verkehr) investiert werden, damit das Potenzial junger Menschen für die Entwicklung des eigenen Landes dort auch entfaltet und eingesetzt werden kann. Entwicklungspolitisch besonders bedenklich ist die Aufnahme irregulär eingewanderter Hochschulabsolventen und gut ausgebildeter Fachkräfte, die dringend im eigenen Land gebraucht werden. Sie stellen für das aufnehmende Land zwar einen (sehr fragwürdigen) Gewinn (**Braingain**) dar, höhlen aber das Entwicklungspotenzial des Ausreiselandes aus und schmälern dessen Entwicklungschancen. Aus der Perspektive der Aufnahmeländer kann illegale, in größerem Umfang aus Armutgründen erfolgende Einwanderung außerdem zu nicht vorhersehbaren Konflikten mit der einheimischen Bevölkerung, zu finanziellen Belastungen der kommunalen Sozialhaushalte und zu Integrationsproblemen führen. Die Eingliederung illegal Eingewanderter in die heimische Gesellschaft erfordert viel Geduld, Einfühlungsvermögen und Ausdauer, zumal sie in den Aufnahmeländern häufig als Konkurrenten um den Arbeitsplatz und als Bedrohung des Wohlstands angesehen werden. Sich gegen Migration abschotten zu wollen, wäre unrealistisch und kurzsichtig. Zum einen wird sich der Migrationsdruck angesichts des Bevölkerungswachstums im

Flüchtling ist nach der Definition des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund seiner politischen Überzeugung außerhalb seines Heimatlandes aufhält oder aufgrund eines innerstaatlichen Konflikts über die Landesgrenzen geflohen ist. (BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 291)

Grundsätze der Staatengemeinschaft für internationale Migration

- Die Beseitigung der Ursachen von Armutsmigration (Armut) und Flucht (Konflikte) hat Vorrang vor landeseigenen Interessen; sie ist gemeinsame Aufgabe der Staatengemeinschaft.
- Die Anwerbung hoch qualifizierter Wissenschaftler und Fachkräfte ist entwicklungspolitisch kontraproduktiv, wenn diese in ihrem Heimatland für Entwicklungsaufgaben benötigt werden. Braindrain sollte zu Gunsten der Entwicklungsaufgaben im Herkunftsland der Migranten vermieden werden.
- Die Anwerbung qualifizierter Wissenschaftler und Fachleute macht Sinn, wenn diese im Anwerbeland in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und der Kompensation von Bevölkerungsschwund in den Industrieländern dienen.
- Migration liegt im entwicklungspolitischen Interesse, sofern sie dem Erwerb von Kompetenzen im Gastland dient, die bei Rückkehr ins Heimatland für dessen Entwicklung eingesetzt werden können.
- Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention von 1951 genießen im Aufnahmeland Schutz und uneingeschränktes Gastrecht.
- Migranten mit Bleiberecht haben Anspruch auf wirkungsvolle Maßnahmen zur Eingliederung in die Gesellschaft des Aufnahmelandes; umgekehrt sind sie verpflichtet, die Gesetze dieses Landes zu beachten und sich zu bemühen, sich seinen Lebensformen anzupassen.

Süden verstärken, zum anderen sind die Industrieländer in Anbetracht ihrer alternden Bevölkerung auf Migranten angewiesen (G17), wenn sie ihren Wohlstand halten wollen. Nur durch partnerschaftliche Zusammenarbeit lässt sich die Migration in geordnete Bahnen bringen. Es bedarf internationaler Vereinbarungen, um die unterschiedlichen Interessen der Ausreiseländer, der Aufnahmeländer und der Migranten in Einklang zu bringen.

Verstädterung

Die Hälfte der Menschheit lebt in Städten (G22) – und dieser Anteil wird weiter steigen. Bereits im Jahre 2015 wird der Anteil der Stadtbewohner an der Weltbevölkerung über 53% liegen. Der bis 2030 erwartete Bevölkerungszuwachs von zwei Milliarden Menschen wird größtenteils in den urbanen Räumen der weniger entwickelten Länder erfolgen. Während aber in den Metropolen der Industrieländer bereits ein Schrumpfungsprozess eingesetzt hat, befinden sich die Städte der Entwicklungs- und Schwellenländer in einer unvergleichlichen Wachstumsphase. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es auf der Welt nur 16 Städte mit mehr als einer Million Einwohner, heute (2006) sind es fast 400. Nach UN-Prognosen werden im Jahre 2030 mehr als die Hälfte der dann 500 Millionenstädte in Asien liegen. Schon heute liegen von den 27 Megastädten mit mehr als 10 Millionen Einwohnern 15 in Asien (G28). Jedoch bestehen im Wachstum der Städte nicht nur Unterschiede zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern, sondern auch zwischen den verschiedenen Regionen der weniger entwickelten Teile der

Welt. Diese Unterschiede erstrecken sich sowohl auf den Verstädterungsgrad, die Wachstumsstärke und den Zeitpunkt des Einsetzens des Verstädterungsprozesses als auch auf die ihn modifizierenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen. G22 stellt den regional unterschiedlichen Verstädterungsgrad und das ebenfalls von Region zu Region differierende Bevölkerungswachstum dar.

Das derzeit dynamische Städtewachstum in den Entwicklungsländern geht zum einen auf die starke Zuwanderung junger Menschen aus den ländlichen Gebieten zurück, zum anderen ist das natürliche Wachstum der überwiegend jungen, bereits in den Städten ansässigen Bevölkerung eine weitere, ebenso bedeutende Ursache des Bevölkerungswachstums. Hinter der ausgeprägten Zuwanderung vom Lande in die Stadt stehen tiefere Ursachen: Städte wirken als anziehende **Pullfaktoren**, sie bieten ökonomische und kulturelle Chancen, Arbeitsplätze, Bildungsangebote, eine bessere Gesundheitsversorgung, vielfältige Versorgungs- und Freizeitangebote, Zugang zu elementaren öffentlichen Dienstleistungen wie Elektrizität, Wasser und sanitäre Einrichtungen, berufliche und soziale Aufstiegschancen, Abwechslung und mehr Freizügigkeit als auf dem Lande, insgesamt eine bessere Grundversorgung sowie auch günstigere Möglichkeiten für politische Aktivitäten. Von den ländlichen Lebensbedingungen ausgehende **Pushfaktoren** verstärken den Drang in die Städte: Ländliche Armut, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, unzureichende Infrastrukturausstattung, Defizite im Gesundheitswesen, im Bildungs- und Freizeitangebot

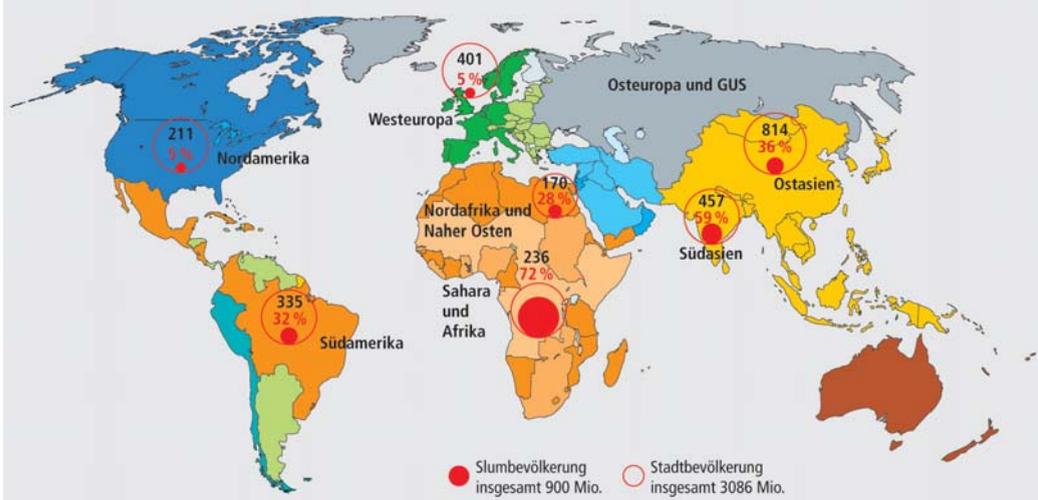
und die Abhängigkeit von der Herrschaft der Alten bieten kaum Perspektiven für ein besseres Leben. Insbesondere in der subsaharischen Afrika und in den ärmeren Zuwandererschichten der Städte gibt es multilokale Haushalte, die z.T. über Generationen hinweg mit Teilen der Familie am ländlichen Heimatort verankert bleiben (G30a).

Ein dritter die Verstädterung vorantreibender Faktor ist die Globalisierung. Als Knotenpunkte von Globalisierungsprozessen haben vor allem Metropolen bzw. Megastädte über nationale Grenzen hinaus wirkende Bedeutung. Globale Akteure sorgen für eine Anreicherung globaler Funktionen und damit für eine größere Vielfalt an Angeboten sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in vielen anderen Bereichen.

Urbanisierung bedeutet aber nicht nur Fortschritt und bessere Lebenschancen, Ausmaß und Geschwindigkeit der Urbanisierungsprozesse hinterlassen auch Spuren von Chaos und Unkalkulierbarkeit, sie generieren Armut, krasse soziale Gegensätze, soziale Ausgrenzung, Ungleichheit und gesellschaftliche Fragmentierung, Lärm, Luft-, Wasser- und Bodenbelastung. Der häufig chaotische Wachstumsprozess ist eine Herausforderung nicht nur für die öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen und andere gesellschaftliche Akteure, sondern auch für die Bürger. Die Armut kommt vor dem Hintergrund überquellenden Wohlstands in den **Gated Communities** (bewachten gehobenen Wohngebieten) der Reichen, besonders krass zum Ausdruck. Sie zeigt sich in überbevölkerten **Slums**, den Elendsquartieren der Armen, in hohen Umweltbelastungen und -gefahren, in steigenden Kriminalitätsraten, im Mangel an sauberem Trinkwasser und ausreichenden Sanitäreinrichtungen, in fehlender Kanalisation und unzureichender Müllentsorgung und Elektrizitätsversorgung sowie in Defiziten im Gesundheits- und im Bildungssektor oder in der Betreuung alter Menschen. Die besorgniserregende Ausbreitung der städtischen Armut kommt in der massiven Zunahme der Menschen, die in Slums leben, zum Ausdruck. Ihre Anzahl ist von 35 Millionen in den 1950er Jahren auf 900 Millionen gestiegen (Karte links). Je stärker die Städte wachsen und räumlich ausufern, desto komplexer werden die Probleme und desto schwieriger wird es, sie zu managen.

Trotz dieser Mängel und Disparitäten birgt der Urbanisierungsprozess bedeutsame, in der Vergangenheit unterschätzte

In den Städten des Südens leben die meisten in Slums



Entwicklungspotenziale. Höhere Bevölkerungsdichten in den Städten schlagen sich in niedrigeren Pro-Kopf-Kosten für die Bereitstellung von Infrastruktur und sozialer Grundversorgung nieder. Der leichtere Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten verbessert die beruflichen (Aufstiegs-)Chancen. Die Städte in Entwicklungsländern sind Hauptträger der nationalen Wertschöpfung; ihr durchschnittlicher Anteil an der Erwirtschaftung des Bruttosozialprodukts liegt über 50%. In den asiatischen Ländern haben die Stadtregionen im Durchschnitt einen Anteil von 80% am wirtschaftlichen Wachstum; und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen liegt deutlich über dem der ländlichen Räume. Umso wichtiger ist es, diese Potenziale für den Entwicklungsprozess zu mobilisieren und konstruktiv zu nutzen. Den Rahmen und die entsprechenden Vorgaben dafür liefert die Zielvorgabe 11 des Millenniumsentwicklungsziels 7: „bis zum Jahre 2020 die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern deutlich (und nachhaltig) zu verbessern“ (S. 88). Nachhaltige Stadtentwicklung im Rahmen einer sozial ausgleichenden Entwicklungszusammenarbeit bedeutet „Städte lebenswert zu gestalten, ohne dass die Folgen der gegenwärtigen Stadtentwicklung zu einer Hypothek für zukünftige Generationen werden“ (BMZ). Daraus ergeben sich für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, aber auch für die Entwicklungspolitik der EU folgende Aufgabenfelder:

- Bekämpfung der städtischen Armut,
- umweltgerechte Stadtentwicklung,
- Dezentralisierung der Stadtentwicklungspolitik und

- Erweiterung und Stärkung des städtischen Managements.

Darüber hinaus hat sich auch die Verzahnung der städtischen Entwicklung mit der Entwicklung des ländlichen Umlandes zu einem zentralen Aufgabenfeld entwickelt.

Metropolen im Globalisierungsprozess

Alle Städte nehmen am Globalisierungsprozess teil. Wichtigstes Bedeutungskriterium ist aber nicht die Größe einer Stadt, sondern ihre funktionale Stellung als **Metropole**, das heißt deren internationale, supranationale und globale Funktionen. Demnach sind Metropolen

- großstädtisch geprägte Siedlungsräume, die Knoten internationaler Verkehrs-, Handels-, Kapital- und Informationsströme bilden und
- Standorte supranationaler Steuerungs-, Kontroll- und Dienstleistungsfunktionen sind.

Dabei handelt es sich vor allem um Unternehmenszentralen, Einrichtungen des Finanz- und Versicherungswesens und um unternehmensnahe Dienstleistungen mit Organisationsfunktionen für deren zunehmende internationale bzw. globale Wirtschaftsaktivitäten. Jedoch beschränken sich Metropolen nicht auf grenzüberschreitende ökonomische Aktivitäten, darüber hinaus können sie auch supranationale politische, administrative, zivilgesellschaftliche, soziale, kulturelle etc. Funktionen ausüben.

Metropolen zeichnen sich somit durch mehr oder weniger enge internationale bis globale Verflechtungen in verschiedensten

Bereichen aus. Mit der Übernahme global ausgerichteter Funktionen nehmen sie den Rang von **Global Cities** ein. Jedoch bestehen innerhalb dieser Städtegruppe hierarchische Abstufungen, die mit einer Vielfalt von sich unterscheidenden Begriffen belegt sind.

Plausibel erscheint eine Gliederung in „World Cities / Weltstädte“ und „Globalizing Cities“, ergänzt durch die „Global-City-Region“. Während sich Weltstädte wie London, Paris, New York oder Tokyo durch eine große Vielfalt globaler Funktionen und hohe Dichte globaler Vernetzungen auszeichnen, reicht die Spannweite der Globalizing Cities von Globalisierungsansätzen bis hin zu Metropolen mit einer im Vergleich zu Weltstädten geringeren Anzahl von weltweit ausgeübten Funktionen und einer entsprechend geringeren Vernetzungsdichte.

Beide Typen erlauben eine nach Funktionen und Vernetzungsdichte abgestufte hierarchische Untergliederung, die aber nur vorläufigen Charakter haben kann; denn Globalisierung ist ein dynamischer Prozess, an dem alle Städte, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, teilhaben. Globale Funktionen beschränken sich jedoch weder auf städtische Zentren noch auf Stadtgrenzen, häufig sind sie dispers über größere Räume verteilt und bilden eine Global-City-Region.

Die Licht- und Schattenseiten der Globalisierung treten in den Metropolen besonders deutlich zutage (G24, G28, G30).

*In den Megastädten und Metropolen der Welt sind Reichtum und Armut nahe beieinander.
Bild links: Skyline von Bangkok; Bild rechts: Obdachloser in Bangkok*



G20 Ursachen von Flucht und Migration

Die Ursachen für Flucht und Migration fallen häufig mit den Kernproblemen der Entwicklung zusammen: Armut, Umweltzerstörung, Naturkatastrophen, hohes Bevölkerungswachstum, fehlende Beschäftigungschancen, Kampf um Ressourcen, repressive Regime, bewaffnete Konflikte oder die hohe sozioökonomische Disparität zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. In der Regel ist die Entscheidung für Flucht oder Migration ein Zusammenspiel von mehreren Faktoren. In den aufnehmenden Entwicklungsländern konkurrieren die Migranten mit der ansässigen Bevölkerung um Arbeitsplätze und wirtschaftliche Ressourcen. Flüchtlingsbewegungen und die daraus folgenden Probleme schmälern noch zusätzlich die kargen Entwicklungschancen der Aufnahmeländer in armen Regionen. Das Flüchtlingselend erhöht soziale Spannungen, verschärft den Druck auf die natürlichen Ressourcen und beschleunigt die fortschreitende Umweltzerstörung.

Quelle: BMZ Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 291

G21 Was beeinflusst die Migrationsbereitschaft?

Armut verhindert die Migrationsfähigkeit, nicht aber die Migrationsneigung. Ein starkes wirtschaftliches Gefälle zwischen Herkunfts- und Zielland ist ein wesentlicher Migrationsgrund. Darüber hinaus gibt es zahlreiche politische, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Aspekte, die eine Migrationsentscheidung beeinflussen:

- Je geringer die geographische Entfernung zum Zielland ist, desto geringer sind die Reisekosten.
- Je jünger ein Auswanderungswilliger ist, desto geringer ist die Bindung an seine Heimat, desto besser übersteht er die Strapazen der Migration und desto besser rentieren sich die Investitionen.
- Je besser ausgebildet ein Migrant/eine Migrantin ist (Beruf, Sprache, interkulturelle Kompetenz, Kontakte zum Zielland), desto geringer sind die Risiken eines gescheiterten Migrationsprozesses.
- Netzwerke und Kontakte zu ausgewanderten Landsleuten reduzieren die Risiken und Kosten der Migration, etwa durch Wissens- und Infor-

mationstransfer.

- Je größer das wirtschaftliche Gefälle zwischen Heimat- und Zielland ist, desto höher ist der Migrationsdruck.
- Je offener eine Grenze ist, desto höher die Migrationsbereitschaft.
- Je willkommener ein Migrant/eine Migrantin im Zielland ist und aufgenommen wird (Aufenthaltsregelungen), desto größer ist die Migrationsbereitschaft.
- Je größer die kulturelle Nähe zum Zielland (etwa durch Sprache) und die dortige politische Stabilität, desto größer ist die Migrationsbereitschaft.
- Verfügten Ausreisewillige über die Staatsangehörigkeit des Ziellands oder/und wandern sie als Gruppe, erleichtert das die Migrationsentscheidung.
- Besonders in Ländern des Südens entscheiden sich einzelne Haushaltsmitglieder auszuwandern, um die Familie zu versorgen.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Hg.: Nord-Süd-Zeitung Eine-Welt-Presse 1/2006, 23. Jg., S. 3

G22 Verstädterung



Quelle: Weltbank, World Development Indicators 2010

G23 Migration und das Geschäft mit der Armut

Armut und Perspektivlosigkeit sind die wichtigsten, wenn auch nicht die einzigen Gründe für die Migration aus den Ländern des Südens in den Norden. Mehr oder weniger legale Netzwerke von Vermittlern und Schlepperbanden schöpfen dabei erhebliche Gewinne ab. Das Geschäft mit billigen Arbeitskräften und vor allem mit Prostituierten blüht weltweit... Die internationalen Wanderungsbewegungen haben im Lauf der letzten Jahre sowohl innerhalb von Regionen als auch zwischen den Kontinenten deutlich zugenommen. Die Entwicklung der – mehr oder weniger legalen – technischen und organisatorischen Infrastruktur der Weltwirtschaft hat diese Migration begünstigt und manchmal sogar auch ausgelöst. Zwischen den globalen Dienstleistungs- und Gütermärkten, dem Anwachsen der internationalen Geldflüsse und der Arbeitsmigration besteht heute eine intensive Wechselbeziehung. Die internationalen Finanzinstitutionen nehmen unmittelbar Einfluss auf die Mechanismen, die diese Ströme steuern, zum Beispiel indem sie über die so genannten Strukturanpassungsprogramme Druck auf die Entwicklungsländer ausüben, ihre

Volkswirtschaften für ausländische Unternehmen zu öffnen oder die staatlichen Subventionsprogramme herunterzufahren... Seit in den 1990er-Jahren der illegale Handel mit Arbeitskräften erheblich zugenommen hat, können die traditionellen regionalen Schleuser ihre Geschäfte in immer größeren Dimensionen abwickeln. Zugleich sind auch, zum Beispiel in der Ex-Sowjetunion, neue Netzwerke entstanden. Parallel zum rasanten Wachstum der für viele Länder wichtigen Tourismusbranche nimmt im Rahmen dieser »Vergnügungsindustrie« auch der Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung immer weiter zu. Dabei bilden sich ganz neue Handelskreisläufe heraus. So hat etwa der Aufschwung des Ferntourismus in einem Emigrationsland wie der Dominikanischen Republik den massenhaften „Import“ von illegalen russischen Frauen nach sich gezogen. Manche Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit und großer Armut setzen sogar auf diesen Gewerbebezug als eine Art Entwicklungsstrategie.

Quelle: Le Monde diplomatique/taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Atlas der Globalisierung. Berlin 2007, S. 100

G24 Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern

In den nächsten 30 bis 50 Jahren wird der weltweite Bevölkerungszuwachs von 2 bis 3 Milliarden Menschen nahezu ausschließlich (zu 97 Prozent) in den Entwicklungs- und den Transformationsländern und dort auch praktisch nur im städtischen Raum zum Tragen kommen. Der Anstieg der Stadtbevölkerung entsteht durch natürliches Wachstum, Migration vom Land in die Stadt und die Einbindung dicht besiedelter

ländlicher Gebiete am Stadtrand. Die Anzahl der Mega-Großstädte in den Entwicklungsländern wird möglicherweise auf 54 ansteigen, während sich die Zahl in den Ländern mit hohem Einkommen bei 5 stabilisieren wird. Es ist noch nicht abzusehen, ob die Zahl der Menschen in ökologisch fragilen Gebieten weiter anwachsen wird, doch die Wahrscheinlichkeit ist groß; es sei denn, die Möglichkeiten zur Abwan-

derung ändern sich. Nicht weniger als 2 Milliarden Menschen werden in zwei Bereichen leben, die schwer zu bewirtschaften sind: Mega-Großstädte und ökologisch fragile Gebiete. Auf die Bedürfnisse dieser Menschen einzugehen, wird eine der wichtigsten Herausforderungen sein, da es in den Industrieländern nicht viele Erfahrungen gibt, die an diese Bedürfnisse angepasst werden könnten.

Fortsetzung S. 102

Fortsetzung G24 von S. 101

Im folgenden sind einige der zentralen Fragen von lokaler und globaler Tragweite aufgelistet, denen sich die Weltbevölkerung in den nächsten fünf Jahrzehnten stellen muss:

- Werden die Menschen im ländlichen Raum und insbesondere in ökologisch fragilen Gebieten, im kommerziell stärker erschlossenen Bereich und in den Übergangszonen zwischen landwirtschaftlich und nicht landwirtschaftlich genutzten Bereichen in der Lage sein, die Armut zu überwinden, ihre Existenzgrundlage zu verbessern und neue Chancen einschließlich derer, die sich in kleineren und größeren Städten bieten, zu ergreifen?

- Werden die schnell wachsenden Großstädte in den Entwicklungsländern ihr Potenzial ausschöpfen und als dynamischer Motor des Wachstums und der sozialen Erneuerung fungieren, oder werden sie in Armut, Umweltverschmutzung, Verkehrschaos und Verbrechen versinken?

- Werden die erneuerbaren Ressourcen – vor allem Wälder, Böden, Wasser, biologische Vielfalt und Fischgründe – restlos ausgebeutet, oder werden sie als dauerhafte Lebensgrundlage und Quellen des menschlichen Wohls bewirtschaftet?

- Werden die Gesellschaften angesichts der radikalen Veränderungen der Wachstums- und Migrationsmuster genügend Kreativität, Widerstandsfähigkeit und Weitblick an den Tag legen? Wird es ihnen möglich sein, eine gerechtere Entwicklung zu fördern und mit unerwarteten Erschütterungen fertig zu werden?

- Werden die armen Länder in der Lage sein, ihr Wachstum zu beschleunigen ohne die gesellschaftlichen und ökologischen Belastungen zu verstärken? Wird die bis zur Mitte des Jahrhunderts prognostizierte globale Wirtschaftskraft mit einem aggregierten BIP von 140 Billionen US-Dollar weniger ökologische und soziale Belastungen mit sich bringen als die sehr viel geringere Weltwirtschaft von heute?

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2003, S. 9

G27 Afrika-Europa-Dialog

Im Juli 2006 hat in Rabat/Marokko zum ersten Mal auf Ministerienebene ein Dialog zwischen Afrika und Europa zum Thema „Migration und Entwicklung“ stattgefunden. Auslöser waren die tragischen Schicksale der Migranten, welche illegal über Marokko nach Europa einreisen wollten.

Einig waren sich alle rasch, dass gewollte Migration regularisiert, in geordneten Bahnen ablaufen soll. Europäische Länder haben die demographische Dimension ihrer Eigenentwicklung erkannt und bewerten Migration als notwendig und etwas Positives.

Afrikanische Minister ihrerseits haben betont, dass sie nicht ihre besten Arbeitskräfte abziehen lassen wollen, sondern generell mehr Entwicklung und gut ausgebildete Menschen brauchen. Die Einsicht lag nahe: Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit sollen in Afrika der besseren Wirtschafts- und Sozialentwicklung sowie Erziehung dienen. Legale Migration soll mit bilateralen oder multilateralen Abkommen partnerschaftlich gelöst werden.

Fortsetzung auf Seite 103

G25 Frauen und internationale Migration

Fast die Hälfte aller weltweit lebenden 191 Millionen Migranten sind Frauen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und Entwicklung. Zwar überweisen Frauen insgesamt weniger Geld in die Heimat als Männer, weil sie in der Regel für gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden oder in Branchen beschäftigt sind, die niedrige Löhne zahlen. Doch: Frauen schicken einen weitaus höheren Anteil ihres Einkommens nach Hause als Männer. Zum Beispiel überwiesen Migrantinnen aus Bangladesch, die im Nahen Osten arbeiteten, durchschnittlich 72 Prozent ihres Einkommens an ihre Familien. Davon fließt der überwiegende Teil in die Gesundheitsversorgung und die Bildung der Kinder. Ähnliches gilt auch für Sri Lanka, wo 1999 rund 62 Prozent der Rücküberweisungen von Frauen stammten, oder für die Philippinen, wo ihr Anteil etwa ein Drittel ausmacht. Frauen investieren eher in ihre Kinder als Männer. In traditionelleren Gesellschaften haben sie zudem meist wenig Kontrolle über finanzielle Entscheidungen, Vermögenswerte und Eigentum. Im Gegensatz dazu geben Männer das Geld eher für Konsumgüter wie Autos und Fernsehgeräte aus, oder aber für Investitionen, z. B. in Grundbesitz und Vieh.

Auch über die Rücküberweisungen hinaus leisten Migrantinnen einen erheblichen Beitrag für die Gemeinschaften in ihrer Heimat. Frauen, die

im Ausland leben, erwerben oft Einstellungen, Meinungen und Wissen, die auch die Gesundheit ihrer Familie im Heimatland verbessern können. In einem Bericht der Weltbank werden die verbesserte Gesundheit und niedrigere Sterberaten von Kindern der Gesundheitsbildung zugeschrieben, die Migrantinnen im Ausland erwerben... Allgemein habe die Migration von Müttern eine weitaus größere Auswirkung auf die Verbesserung der Gesundheit der Familie als die der Väter. Die internationale Migration kann die Gleichstellung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen fördern. Weil Frauen und Männer jedoch nicht die gleichen Chancen haben und als Migranten unterschiedlichen Gefahren ausgesetzt sind, könnte die Geschlechtszugehörigkeit der wichtigste Faktor dafür sein, welche Erfahrungen sie machen.

Doch sie haben auch mit besonderen Problemen und Gefahren zu kämpfen... Schätzungsweise 600 000 bis 800 000 Menschen werden jedes Jahr über Staatsgrenzen hinweg verschleppt und verkauft, 80 Prozent von ihnen sind Frauen und Mädchen. Sie werden meist zur Prostitution, zur Arbeit im Haushalt oder in Fabriken, so genannten Sweatshops, gezwungen, wo Menschen unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten.

Quelle: DGVN (Hg.), Informationsdienst Bevölkerung und Entwicklung, Nr. 61, Nov. 2006

G26 Frauen auf der Flucht

Eine erzwungene Migration birgt viele Risiken und Gefahren: während der Flucht, an vorläufigen Zufluchtsorten und im Zielland – vor allem für Frauen und Mädchen. Im Jahr 2005 waren etwa die Hälfte der weltweit 12,7 Millionen Flüchtlinge Frauen. Im Gegensatz dazu sind in der Gruppe der Asylbewerber nur wenige Frauen zu finden, weil geschlechtsspezifische Verfolgungsgründe oft nicht anerkannt werden.

Beim Ausbruch bewaffneter Konflikte sind es meist Frauen und Mädchen, die Kinder, Alte und Schwache betreuen. Oft werden sie von bewaffneten Milizen vergewaltigt. Die Folge sind Verletzungen, ungewollte Schwangerschaften und Infektionen mit sexuell übertragbaren Krankheiten, einschließlich HIV/Aids. Es wird geschätzt, dass im Durchschnitt etwa 25 Prozent aller Flüchtlingsfrauen im gebärfähigen Alter schwanger sind. Bestimmte Gruppen von Frauen sind schwächer als andere und benötigen besonderen Schutz und Unterstützung,

darunter Haushaltsvorstände, ehemalige Soldatinnen, Alte, Behinderte, Witwen, junge Mütter und heranwachsende Mädchen ohne Familienbegleitung.

Menschenrechte schützen, kulturelle Vielfalt fördern

Verstärkte Anstrengungen zur Armutsbekämpfung und zur Förderung von Gleichberechtigung und der Entwicklung sind Schritte auf dem langen Weg zu einer besser geregelten Migration. Sie sind notwendig, um die Unterschiede zwischen Arm und Reich zu verringern und die Chancen für alle zu verbessern – auch für Frauen. In der Migrationspolitik werden vernünftige Konzepte gebraucht, die wirtschaftliche Interessen berücksichtigen und gleichzeitig die Menschenrechte schützen und die Gleichberechtigung der Geschlechter fördern, so die Forderung von UNFPA.

Quelle: Christina Kamp, Frauen und internationale Migration. In: DGVN (Hg.), Informationsdienst Nr. 61, Nov. 2006

G28 Die Megastädte 2010 (Konglomerationen, in Mio. Einwohnern)

- | | | |
|-------------------------|-----------------------------|---------------------------------|
| 1. Tokio (37,7) | 11. Los Angeles (18,0) | 21. Teheran (13,2) |
| 2. Mexiko-Stadt (23,6) | 12. Osaka-Kobe-Kyoto (17,4) | 22. Karatschi (13,2) |
| 3. New York (23,3) | 13. Kairo (16,4) | 23. Beijing/Peking (12,5) |
| 4. Seoul (22,7) | 14. Kalkutta/Kolkata (15,6) | 24. Rio de Janeiro (12,1) |
| 5. Mumbay/Bombay (21,9) | 15. Moskau (14,9) | 25. Paris (11,9) |
| 6. São Paulo (20,8) | 16. Buenos Aires (14,6) | 26. Bagdad (11,8) |
| 7. Manila (20,7) | 17. Istanbul (14,4) | 27. Kinshasa-Brazzaville (10,3) |
| 8. Jakarta (19,2) | 18. Dhaka (14,3) | 28. Bangkok (10,1) |
| 9. Delhi (18,9) | 19. Lagos (13,7) | 29. Rhein-Ruhr-Gebiet (10,1) |
| 10. Shanghai (18,6) | 20. London (13,4) | 30. Khartum (10,1) |

Fortsetzung G27 von Seite 102

Wenig Einigkeit bestand betreffs illegaler Migration. Einig war man sich, dass diese keine Perspektive guter Entwicklung darstellt und Netzwerke von Schleppern und kriminellen Machenschaften bekämpft werden müssen. Seitens Europa wurde angeboten, afrikanischen Regierungen zu helfen, ihre Kapazitäten für ein besseres Migrationsmanagement und bessere Kontrollen zu verstärken. Klar wurde auch, dass die Industrieländer interne Anstrengungen gegen illegale Arbeitssuchende unternehmen müssen... Länder, von denen bekannt ist, dass es keine Arbeit für illegale Migranten gibt, sind offenbar von den organisierten illegalen Wanderbewegungen weniger betroffen.

Was in diesem Dialog antönt, aber nicht ausreichend Beachtung erhielt, war die Notwendigkeit des Schutzes der Migranten, ob legal oder illegal.

Sehr wichtig sind drei grundsätzliche Einsichten:

1. Afrika braucht mehr Entwicklung und dazu nebst erhöhten Eigenanstrengungen auch mehr finanzielle Mittel, soll denn illegale Migration „präventiv“ angegangen werden.

2. Kein Land kann die Migrationsproblematik unilateral für sich selbst lösen.

3. Es braucht eine intensive, kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsändern von Migranten.

Seitens der EU-Kommission wurde ein jährlicher Dialog zwischen Afrika und Europa auf Minister-Ebene angeregt. Nur wenn diese Thematik genügend Raum für Debatten und Lösungen erhalte, werde sie den hohen politischen Stellenwert behalten.

Quelle: Walter Frust, Migration braucht Dialog. In: Eine Welt – das Magazin der DEZA, Nr. 3, Sept. 2006, S. 21

Entwicklung findet heute in vernetzter Form statt, sie zielt auf immer offenere weltweite Märkte und nutzt die spezifischen Standort- und Kostenvorteile der einzelnen Länder. Weniger entwickelte Länder können dabei auf ihre niedrigeren Lohn- und Kostenstrukturen setzen, entwickeltere auf ihre Infrastruktur, ihre fortgeschrittenen Technologien und ihre höhere Effizienz.

Optimale Kosten-Nutzen-Effekte treten dann auf, wenn beides vereint wird: die Effizienz der entwickelten Länder mit den Kostenvorteilen der weniger entwickelten. Dies setzt eine enge Kooperation und Durchlässigkeit voraus, und zwar nicht nur bei der Technik, sondern vor allem beim Personal. Personal aus den Entwicklungsländern kann in den entwickelten Ländern arbeiten und sich deren Arbeitsweisen und Standards aneignen. Im Falle einer Rückkehr werden die erworbenen Kenntnisse und Arbeitsweisen mit der intimen Kenntnis der Situation des Heimatlandes verbunden. Darüber hinaus können Netzwerke aufgebaut werden, die über Firmenstrukturen, Verwandtschaftsverhältnisse oder andere Verbindungen laufen und die entwickelte Welt mit der weniger entwickelten verbinden...

Das Paradebeispiel derartiger produktiver Beziehungen ist sicherlich die indische Computerindustrie. Hier hat zunächst eine Ausbildung qualifizierter Ingenieure in Indien über den aktuellen Bedarf hinaus stattgefunden. Ein Teil dieser Fachkräfte wanderte seit den sechziger Jahren in die USA aus und trug später entscheidend zur Dynamik der IT-Wirtschaft in den USA bei. Insbesondere in den neunziger Jahren

gab es keine Begrenzungen auf Seiten des Personals. Die IT-Wirtschaft konnte Erhöhungen der Einwanderungsquoten durchsetzen, sobald die bestehenden Quoten erschöpft waren. Wichtig war ferner die Arbeitsenergie und -intensität dieser Gruppe von Einwanderern im besten Arbeitsalter. Darüber hinaus machten sich viele aus Indien eingewanderte IT-Ingenieure in den USA selbständig...

In einem zweiten Schritt wanderte ein Teil dieser Gruppe von IT-Spezialisten zurück, und es wurden Kooperationsnetze zwischen IT-Unternehmen in den USA und in Indien geknüpft. Die IT-Wirtschaft im Raum Bangalore blühte auf und entwickelte mit großer Dynamik Software. Getragen wurde sie ganz überwiegend von Unternehmern, die aus den USA zurückgewandert waren. Die weltweite Krise der IT-Wirtschaft seit dem Jahr 2002 führte schließlich dazu, dass die indischen Produktionsanteile weiter anstiegen, weil die indischen Unternehmen in einem schrumpfenden Weltmarkt ihre komparativen Kostenvorteile voll ausspielen konnten, entweder als Zulieferer amerikanischer Firmen oder als selbständige Akteure. Die indische IT-Wirtschaft produziert auf höchstem Niveau – mit den Kostenvorteilen eines Entwicklungslandes.

Quelle: D. Thränhardt, Entwicklung durch Migration: ein neuer Forschungsansatz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 27/2005, S. 8 f.

Aufgaben

1. Erläutern Sie die Begriffe „Binnenmigration“ und „internationale Migration“. Belegen Sie beide Begriffe mit einem Beispiel.
2. Erklären Sie die Begriffe „Brain Drain“, „Brain Gain“ und „Brain Waste“
3. Weisen Sie an einem Beispiel nach, dass internationale Migration ambivalente Wirkungen hat.
4. Erläutern Sie die entwicklungspolitische Bedeutung der internationalen Migration.
5. Nennen Sie Pull- und Pushfaktoren der Verstädterung und begründen Sie deren Bedeutung für die Stadtentwicklung in Entwicklungsländern.
6. Beschreiben und begründen Sie Unterschiede in der Stadtentwicklung von Industrie- und Entwicklungsländern.
7. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Umsetzung des Millenniums-Entwicklungsziels Nr. 7.3 (Kasten S. 88)?
8. Diskutieren Sie die These „Migration braucht faire Regeln“.

G30 Aufgaben und Probleme der Stadtentwicklung

Städtische Gebiete. Angesichts der erwarteten hohen Wachstumsraten und der Zahl der Stadtbewohner, die mit Arbeit, einem Dach über dem Kopf und öffentlichen Leistungen versorgt werden müssen, haben die Großstädte in den Entwicklungsländern eine enorme Aufgabe vor sich. Die typischen Merkmale der stadtnahen Ansiedlungen, Städte, Großstädte und Mega-Großstädte – hohe Bevölkerungsdichte, großflächige Siedlungen und größere soziale Vielfalt – fördern die Schaffung produktiver Beschäftigungsmöglichkeiten, effiziente Bereitstellung von Dienstleistungen und Zugang zu neuen Ideen und Lernmöglichkeiten. Aber wenn viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, entsteht auch ein Potenzial für soziale Probleme – Verbrechen und gesellschaftliche Störungen – sowie für Spillover-Effekte, welche die Umwelt belasten und Gesundheits- und Sicherheitsgefahren bergen, insbesondere in Stadtvierteln ohne Kanalisation oder Abwasserentsorgung und in potenziellen Katastrophengebieten. Die Langlebigkeit der städtischen Sachvermögenswerte kann bestimmte Entwicklungspfade blockieren, so dass Veränderungen kostspielig werden. Städtische Gebiete können jedoch bei guter Bewirtschaftung zu zukünftigen Wachstumsmotoren werden. Werden sie nicht gut bewirtschaftet, konzentrieren sich die ökologischen und sozialen Probleme und können nur noch schwer gelöst werden.

Die Diskussion über die Problematik der ökologisch fragilen Gebiete, der kommerziell erschlossenen Bereiche des ländlichen Raums und der Städte sowie über mögliche Lösungen ist so wichtig, weil viele öffentliche Güter und Externalitäten lokaler Natur sind und prinzipiell für lokales Handeln zugänglich sind. Ein Rahmen, der lokale Aktionen und das Subsidiaritätsprinzip fördert, verlangt, dass öffentliche Güter und Externalitäten, die einen weiteren Einzugsbereich betreffen, auf höherer Ebene behandelt werden, nämlich national und global.

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2003, S. 10 f.

G30a Informelle Stadt-Land-Beziehungen

Es kommt vor, dass städtische Haushalte in Dörfern Ackerland erwerben, um unzureichende Arbeitseinkommen zu ergänzen. In anderen Fällen wollen sie Abfindungen anlegen, die sie beim Stellenabbau im öffentlichen Sektor erhalten haben...

In schnell wachsenden Städten wie Dar es Salaam bleibt selbst die Bildungs- und Einkommenselite zumindest in der ersten Zuwanderergeneration dem ländlichen Leben noch stark verhaftet. Dozenten an der Universität und höhere Verwaltungsangestellte unterhalten nicht nur enge Beziehungen zu ihren Heimatdörfern,

sondern besitzen auch bäuerliche Betriebe im Umland der Stadt. Sie verfügen über die Produktionsmittel, vor allem Autos, Telefone und vielfältige Beziehungen, um ihr Ackerland auch als „absentee landlords“ erfolgreich zu bewirtschaften...

Die Bedeutung informeller Stadt-Land-Beziehungen für die Absicherung und Entwicklung von livelihoods auf dem Lande und in der Stadt wurde bisher meist unterschätzt.

Quelle: E. Schmidt-Kallert u. V. Kreibich, Informelle Stadt-Land-Beziehungen. In: E+Z 12/2004, S. 467

Gesundheit und Entwicklung

Armut ist eine der häufigsten Krankheitsursachen, denn arme Menschen sind für Krankheiten besonders anfällig. Sie sind häufig nicht in der Lage, für sich selbst, geschweige denn für andere zu sorgen.

Gesundheit – Voraussetzung für Entwicklung

Krankheit bedeutet für Hunderte Millionen Menschen in den armen Ländern Entbehrung und Angewiesensein auf Hilfe ihrer Mitmenschen. Arme sind unzureichend ernährt, leben in ungesunden und engen Wohnverhältnissen, verfügen oft nicht über sauberes Trinkwasser, sie können sich weder einen Arzt noch Medikamente leisten. Armen fehlt neben dem erforderlichen Geld häufig auch das Wissen, wie sie sich gegen ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose, Grippe, Masern, Darmerkrankungen (z.B. Typhus, Cholera) oder tropische Massenerkrankungen wie Malaria, Bilharziose oder Fadenwurmkrankheiten (Onchozerkose) impfen bzw.

behandeln lassen können. Kinder und Frauen sind wegen ihrer unterprivilegierten Stellung in Familie und Gesellschaft besonders betroffen. Während Kinder insbesondere im Säuglingsalter (im ersten Lebensjahr) und im Kleinkindalter (1 bis 5 Jahre) gefährdet sind, wird die Gesundheit von Frauen vor allem durch hohe Arbeitsbelastungen, häufige Schwangerschaften, Komplikationen während der Schwangerschaft und der Entbindung, durch Schwangerschaftsabbrüche und unzureichende Ernährung geschwächt.

Obwohl Gesundheit ein universelles Menschenrecht ist und die Mitgliedsländer der UN sich im Sozialpakt der UN-Menschenrechtskonvention verpflichtet haben, allen Menschen ungehinderten Zugang zu medizinischen Diensten zu

ermöglichen, haben rund 800 Millionen Menschen in den armen Ländern immer noch keinen Zugang zu einfachen Gesundheitsdiensten.

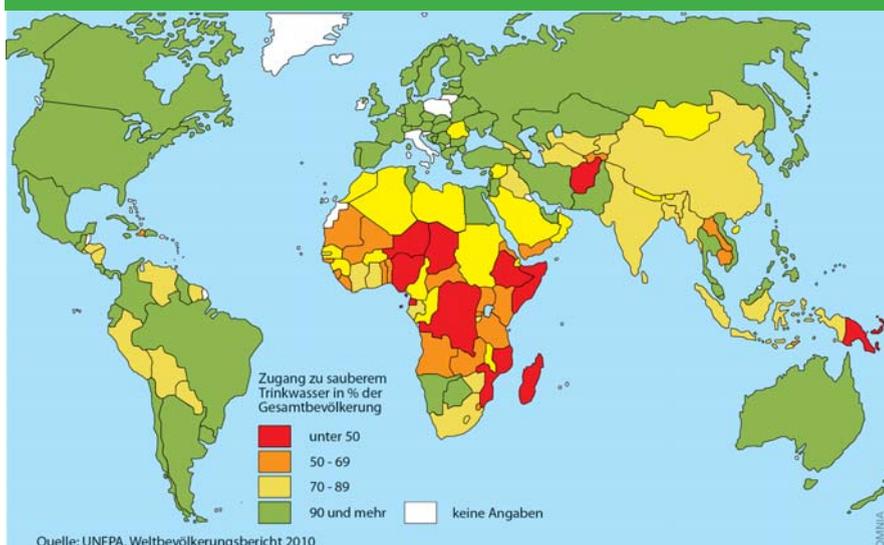
Auch in den Industrieländern gibt es zunehmend größere Gesundheitsprobleme, die allerdings meist als Folge des Wohlstands (z. B. Herzinfarkt, Schlaganfall, vielfältige Krebsarten, Bewegungsmangel, Alterung der Bevölkerung) in Erscheinung treten. Die Folgen sind enorm steigende Gesundheitskosten und Überlastung der Gesundheits- und sozialen Dienste.

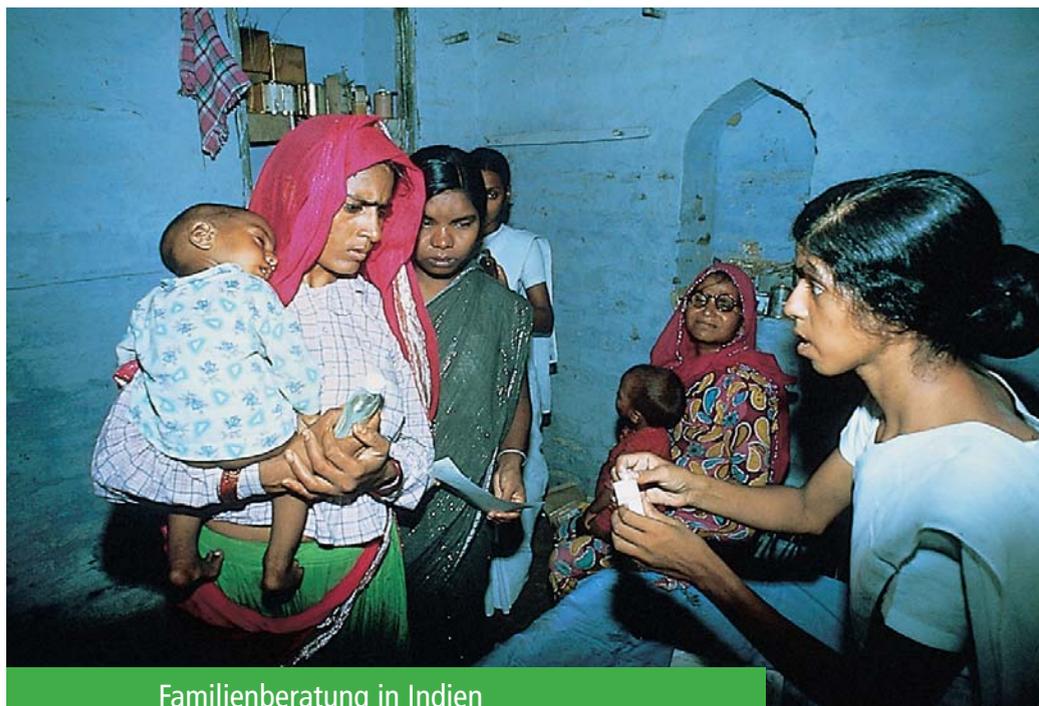
Fortschritte und neue Herausforderungen

In den zurückliegenden Jahrzehnten haben die Entwicklungsländer viel getan, um den Gesundheitszustand ihrer Bevölkerungen zu verbessern. Von 1960 bis 2005 stieg hier die Lebenserwartung im Durchschnitt von 40 auf 63 Jahre; die Säuglings-Sterberate je 1000 Lebendgeborene sank von 108 % in 1970 auf 56 % in 2005 (G31). Der Anteil der Menschen, die Zugang zu sauberem Trinkwasser haben (W50), erhöhte sich von 1980 bis 2005 von 59 auf 69 % in ländlichen Gebieten und 92 % in den Städten, und der Anteil der Frauen, die Verhütungsmethoden anwenden, stieg von 64 auf 75 %.

Trotz dieser Fortschritte und trotz des Versprechens der reichen Länder, allen Menschen freien Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen, leidet in den armen Ländern noch immer ein Drittel der Bevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder, unter mangelnder medizinischer Versorgung. Jährlich sterben über 10 Mil-

Zugang zu sauberem Trinkwasser





Familienberatung in Indien

lionen Kinder unter 5 Jahren an Krankheiten, die durch unsauberes Trinkwasser, Infektionen oder Mangelernährung verursacht werden. Über 50% aller Kinderkrankheiten in Entwicklungsländern gehen allein auf Infektionen der Atemwege, Wurmerkrankungen, Durchfall und Malaria zurück. Im Jahre 2000 war in 20 afrikanischen Ländern die Müttersterblichkeit mehr als 100mal höher als in Deutschland, in Malawi, Sierra Leone, Angola und Niger wurde gar der 200fache Wert überschritten. Seit Mitte der 1990er Jahre stagniert in vielen Ländern Subsahara-Afrikas die fortschrittliche Entwicklung im Gesundheitssektor, in einigen Ländern (z. B. Botswana, Südafrika, Simbabwe, Sambia, Kongo, Elfenbeinküste) ist sie aufgrund der weiten Verbreitung von HIV/Aids sogar rückläufig (G46). Dagegen setzt sich in vielen Ländern mit der Abnahme der Armut die positive Gesundheitsentwicklung fort, so in Ost-, Südost-, Südasiens und Lateinamerika, insbesondere in den bevölkerungsreichsten Staaten der Erde, China und Indien.

Im Vergleich mit Industrieländern weisen die Entwicklungsländer im Gesundheitssektor immer noch erhebliche Defizite auf. Das gilt vor allem in Bezug auf die Säuglings-, Mütter- und Kindersterblichkeit sowie auf die Lebenserwartung (G31–G37, G41, G18).

Eine große neue Herausforderung stellt die Infektionskrankheit Aids dar, die sich seit ihrem ersten Auftreten Ende der 1970er Jahre über die ganze Erde verbreitet hat. Etwa 95% der Infizierten und Er-

krankten leben in Entwicklungsländern, davon allein fast 70% in Ländern Subsahara-Afrikas (G41, G42, G45, G46, G48). Entwicklungspolitisch ist Aids deshalb so folgenschwer, weil die Krankheit fast nur junge Menschen im zeugungsfähigen Alter sowie Kinder dahinträgt.

Aids, Tuberkulose und Malaria töten jährlich mehr als 6 Millionen Menschen. Es sind übertragbare Krankheiten, die behandelt, aber auch verhindert werden können. Es gibt hochwirksame Methoden zu ihrer Vermeidung und Behandlung, deren großflächige Anwendung den Verlauf der Pandemien ändern könnten. Dafür müssen allerdings die Finanzmittel, die zur Bekämpfung der drei Krankheiten zur Verfügung stehen, erheblich aufgestockt werden. Zu diesem Zweck wurde der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tbc und Malaria (GFATM) eingerichtet (Kasten S. 107, G40).

Krankheitsursachen und -folgen

In vielen Entwicklungsländern ähnelt das gegenwärtige Krankheitsmuster dem europäischen Länder in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nicht das tropische Klima, sondern die sozioökonomischen Lebensbedingungen bestimmen in erster Linie die Krankheits- und Sterberaten. Die Ursachen dafür sind vielfältig:

- Armut ist die Hauptursache für Krankheit und Tod. Arme können sich weder ausreichend ernähren noch kostspielige Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen, weil sie keine regelmäßige Arbeit und kein

ausreichendes Einkommen haben oder weil Gesundheitseinrichtungen und Ärzte fehlen.

- Viele haben keinen Zugang zu Gesundheitsinformationen und zu Familienplanungsdiensten, da sie nicht lesen und schreiben können und soziale Normen zur Verhütung von Zivilisationskrankheiten nicht kennen.

- In ländlichen Gebieten mangelt es an Angeboten der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Kostenintensive Gesundheitseinrichtungen konzentrieren sich in den Städten und erreichen häufig nur den besser gestellten Bevölkerungsteil.

- Der Gesundheitsvorsorge zur Vorbeugung gegen Krankheiten wird zu wenig Beachtung geschenkt.

- Die Gefährdung durch Krankheit, Invalidität und frühen Tod ist in jenen Ländern besonders groß, in denen Gewaltsysteme die staatliche Ordnung zerschlagen, funktionierende Wirtschaftssysteme zerrüttet und das Gesundheitswesen ruiniert haben (z. B. Somalia, Kongo, Sierra Leone, Ruanda, Burundi, Liberia, Haiti, Afghanistan, Irak) (S. 62 ff., P24, S. 72 ff., P30).

- Neue gesundheitliche Risiken sind mit der steigenden Mobilität im Rahmen der Globalisierung entstanden. Besondere Risikofaktoren sind Massentourismus, Prostitution, Drogenhandel, Auslagerung umweltbelastender Produktionsprozesse und illegale Giftmülltransporte in Entwicklungsländer (G39, Bild S. 106). Der Ausbreitung von Infektionskrankheiten (Aids, Malaria, Tuberkulose, Masern) kommt erhöhte Bedeutung zu (G40).

- Kulturelle Riten und Praktiken (wie die Beschneidung von Mädchen) führen zu vermeidbaren Krankheiten und Todesfällen (S. 61, P10–P13).

- Meistens fehlt das Geld, oft aber auch der politische Wille, um das Gesundheitswesen auf eine flächendeckende Grundversorgung (Basisgesundheitsdienst) der gesamten Bevölkerung umzustellen. Häufig mangelt es auch an der Fähigkeit, die knappen zur Verfügung stehenden Mittel wirksam und optimal einzusetzen.

Folgen gesundheitlicher Mängel sind Verlust an Lebensqualität und Lebenschancen. Chronische Krankheiten belasten Familienangehörige (Pflege und Betreuung) und schränken das Familienbudget und damit auch die Lebensqualität der Familie ein. Arbeitsausfälle durch Krankheit, vorzeitige Invalidität und Tod verursachen auch enorme volkswirtschaftliche Verluste. Aids und Tuberkulose fordern vor allem im subsaharischen Afrika hohe Opfer in der produktiven Bevölkerungsgruppe. Die di-

rekten und indirekten Kosten, die dadurch entstehen, entziehen den privaten und öffentlichen Haushalten erhebliche Mittel, die für notwendige Entwicklungsinvestitionen und -aufgaben (z. B. Bildungs- und Rechtswesen, Verkehr) fehlen. Dadurch werden Armut und Elend insbesondere in armen Ländern mit hoher (Auslands-)Verschuldung vergrößert. Krankheit und früher Tod der Mutter sind von großer Tragweite für den gesundheitlichen Zustand der übrigen Familienmitglieder. Besonders tief greifend wirken sich armutsbedingte sozioökonomische Langzeitfolgen wie körperliche und geistige Behinderungen aus. Sie beeinträchtigen den Schulbesuch und die beruflichen Zukunftschancen. Armut ist nicht nur Ursache von Krankheit, sondern auch deren Folge. Arme leben am Rande der Gesellschaft und werden vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Armutsbedingte gesundheitliche Mängel und Nachteile pflanzen sich von Generation zu Generation weiter fort, wenn die Armut nicht überwunden wird.

Globalisierung und Gesundheit

Mit der globalen Ausbreitung des Welt Handels in der frühen Neuzeit kam es auch zur weltweiten Ausbreitung von immer mehr Infektionskrankheiten. Auf die spätmittelalterliche Pest (1347) folgten ab 1500 Pest-, Syphilis-, Pocken- und Chole- raepidemien bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Auch die globale Verbreitung der Tuberkulose im 19. Jahrhundert hat ihren Ursprung in der zunehmenden Mobilität der Menschen. Dank der internationalen Sanitätskonventionen des 19. und 20. Jahrhunderts und der Aktivitäten der 1948 gegründeten Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) ist es gelungen, diese Infektionskrankheiten einzudämmen.

Im Zuge der rasant fortschreitenden Globalisierung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben nicht-infektiöse Krankheiten und chronische Gesundheitsstörungen aus mehreren Gründen globale Bedeutung erlangt. Nichtübertragbare Krankheiten überschreiten zwar keine Grenzen, aber deren Ursachen können sich über Grenzen hinweg weltweit ausbreiten. Die rasche Zunahme des Welthandels, der rasante Anstieg der Mobilität der Menschen und die umwälzenden kommunikationstechnologischen Innovationen (Fernsehen, Internet) werden sowohl von gesundheitsschädigenden als auch -fördernden Effekten begleitet. Einerseits haben die weltweite Verbreitung und Vermi-



Am 19. 8. 2006 lud der Tanker „Probo Koala“ im Auftrag einer niederländischen Firma 528 Tonnen hochgiftiger Ölabbfälle in der Nähe von Abidjan (Elfenbeinküste) ab, der dann auf Hausmüllplätze und wilde Kippen verteilt wurde. Zehn Menschen starben, 70 000 erkrankten (G39).

schung von Ess- und Trinkgewohnheiten und des Konsums von Alkohol, Tabak und anderen Drogen zur Globalisierung der damit verknüpften Gesundheitsprobleme geführt. Andererseits haben gleichzeitig aber auch gesundheitsfördernde Medikamente, medizinische Neuerungen und Erkenntnisse sowie entsprechende Ernährungsgewohnheiten weltweit Eingang gefunden und den Gesundheitszustand allgemein verbessert. Jedoch sind Chancen und Risiken der gesundheitlichen Globalisierung sowohl regional als auch innergesellschaftlich ungleich verteilt. Industrie- und Schwellenländer können aufgrund ihrer Welthandelsverflechtungen und ihres Entwicklungsstandes den medizinischen Fortschritt voll nutzen. Dagegen sind ärmere Entwicklungsländer, die von der wirtschaftlichen Globalisierung benachteiligt oder gar abgekoppelt sind, weitgehend vom medizinischen Fortschritt ausgeschlossen; das gilt vor allem für die meisten Staaten Subsahara-Afrikas. In vielen Ländern haben Strukturanpassungsprogramme des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der Weltbank die Regierungen gezwungen, die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung zu kürzen (W57).

Ein weiteres Hindernis für eine ausreichende Gesundheitsversorgung besteht in der Abhängigkeit von Importen z. T. extrem teurer Medikamente aus Industrieländern. Pharmaunternehmen, die Milliarden in die Entwicklung von patentierten Medikamenten investiert haben, sind nur in Ausnahmefällen bereit, verbilligte Lizenzen zur Produktion von Generika an

Unternehmen in Entwicklungsländern zu erteilen (G48, G49).

Auch innergesellschaftlich herrscht in der Gesundheitsversorgung der meisten Entwicklungsländer eine Zwei-Klassen-Struktur. Den wachsenden freien Markt für (teure) Gesundheitsleistungen können sich nur Wohlhabende leisten. Den Ausgabensteigerungen im privaten Gesundheitssektor stehen in vielen armen Ländern Kürzungen der Mittel für die öffentlichen Gesundheitsdienste gegenüber. Opfer der fortschreitenden (Teil-)Privatisierung des Gesundheitswesens sind wiederum die Armen (G32, G34–G37). Sie sind auch die Opfer illegaler Giftmüllexporte, die häufig in der Nähe von Armensiedlungen deponiert werden (G39, Bild oben).

Die globale Dimension von Gesundheit erfordert eine noch engere internationale gesundheitspolitische Zusammenarbeit. Die Erwartung, dass die Globalisierung den Entwicklungsstand allgemein, also auch in den Entwicklungsländern anheben werde, hat sich nicht erfüllt. Die gravierenden Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen armen und reichen Ländern sowie zwischen Arm und Reich innerhalb einzelner Gesellschaften zeigen, dass ungesteuerte Globalisierungsprozesse selektierend wirken und Arme eher benachteiligen als fördern. Deshalb stellen Krankheit, Invalidität und früher Tod national wie global ein zunehmend brisanter werdendes Konfliktpotenzial dar. Umso mehr gilt es, dem Menschenrecht auf Gesundheit national wie international zu uneingeschränkter Geltung zu ver-

helfen. Der UN-Millenniumsgipfel hat sich dazu bekannt, Gesundheitsförderung als globale Aufgabe im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategie energisch anzugehen. Erfolgreiche Armutsbekämpfung darf sich jedoch nicht auf sozialpolitische Maßnahmen beschränken, sie muss umfassender ansetzen und alle relevanten Politikbereiche einschließen (Kohärenz). Es geht vor allem darum strukturelle Abhängigkeiten zu überwinden (G47, G48).

Millenniumsziel: Gesundheit für alle

Schon 1978 erklärten die Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation WHO in Alma Ata „Gesundheit für alle“ zum vorrangigen Ziel der Entwicklungszusammenarbeit und Gesundheit zu einem allgemeinen Menschenrecht. Seitdem konnten beachtliche Erfolge erzielt werden (G31). Dennoch liegen Mütter- und Kindersterblichkeitsraten in manchen Regionen, insbesondere in Subsahara-Afrika, erheblich über dem Weltdurchschnitt (G34); und Infektionskrankheiten, vor allem Aids, breiten sich weiter aus. Betroffen sind in erster Linie die Armen. Deshalb hat die Völkergemeinschaft auf dem UN-Millenniumsgipfel 2000 beschlossen, die Armut in der Welt bis 2015 zu halbieren. Drei der acht Millenniums-Entwicklungsziele richten sich in ihren Zielvorgaben auf die Verbesserung der Gesundheit armer Bevölkerungsgruppen (S. 88). Zwar werden explizit nur Senkung der Kinder- und Müttersterblichkeit, Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Bekämpfung von HIV/Aids und anderen ansteckenden Krankheiten aufgeführt, doch sie repräsentieren die Aufgabe der Gesunderhaltung insgesamt. Dies hat der Millennium+5-Gipfel (2005) ausdrücklich bestätigt und die besondere



Mangel an sauberem Trinkwasser ist eine der häufigsten Ursachen für vermeidbare Krankheiten. Bild: Ein Mädchen in Nigeria schöpft Wasser.

re Bedeutung des Konzepts der sexuellen und reproduktiven Gesundheit (G44) hervorgehoben. Besonderes Gewicht liegt bei der Aidsbekämpfung auf den Aspekten Information, Aufklärung und Prävention sowie auf der Verbesserung der Behandlungsmöglichkeiten durch Zugang zu kostengünstigen Medikamenten (G43, G48a).

Ob es gelingt, die ehrgeizigen Ziele des Millenniumsgipfels und damit auch „Gesundheit für alle“ zu erreichen, dürfte entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die notwendigen strukturellen Veränderungen durchzusetzen, die für die Armutsmisere mitverantwortlich sind (S. 85 f.).

Der Globale Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM)

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) wurde 2002 gegründet. Sein Zweck ist die Beschaffung von Ressourcen (vor allem von Finanzmitteln) und ihre Verteilung. Der Fonds ist eine Partnerschaft von Geber- und Nehmerländern, von Nichtregierungsorganisationen in Industrie- und Entwicklungsländern, Vertretern der Wirtschaft und privaten Stiftungen.

Seine Mittel beschafft sich der Fonds auf „Wiederauffüllungskonferenzen“ (bisher letzte Ende September 2007 in Berlin). Bis 31. August 2007 beliefen sich die Zusagen der Geber (überwiegend G8-Länder) auf 8,4 Mrd. US-Dollar. Der Fonds konnte damit 450 Hilfsmaßnahmen in 136 Ländern zusagen. Mehr als eine

Million Aidskranke und fast drei Millionen Tbc-Kranke konnten bereits behandelt werden. Zur Verhinderung von Malaria wurden 30 Millionen mit Insektiziden behandelte Moskitonetze verteilt. Diese Programme haben nach Angaben des Fonds bisher zwei Millionen Menschen das Leben gerettet. Der Fonds finanziert auch Medikamente zur Behandlung von Aids-Kranken, die bisher keine Möglichkeit hatten, die lebensverlängernde antiretrovirale Aids-Therapie (ART) zu erhalten.

Der Fonds vergibt nur Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. 56 % seiner verfügbaren Finanzmittel gehen in afrikanische Länder.

Aids, eine globale Geißel

Infektionen mit dem HI-Virus (Human Immunodeficiency Virus) und ihre Folge, die Krankheit Aids (Acquired Immunodeficiency Syndrom) haben sich seit 1980 mit unerwarteter Schnelligkeit vor allem in den Entwicklungsländern ausgebreitet. Weltweit waren 2007 nach offiziellen Schätzungen rund 40 Millionen Menschen infiziert (G45). Der Höhepunkt der Krankheit wird erst um die Zeit zwischen 2050 und 2060 erwartet. Über 25 Millionen Menschen sind bereits an den Folgen von Aids gestorben, vor allem Jugendliche und Erwachsene in der Altersgruppe von 15 bis 49 Jahren, aber auch schon über eine Million Kinder. Rund 15,2 Millionen Kinder unter 15 Jahren sind durch den Tod eines oder beider Elternteile zu Aids-Waisen geworden.

Die rasche Ausbreitung von HIV/Aids hat mehrere Gründe: Unwissenheit über Ansteckungsgefahren, Krankheitsverlauf und -folgen, Mängel in der medizinischen Versorgung und Aufklärung, politische und ökonomische Probleme (z. B. Verschweigen oder Bagatellisieren der Problematik durch Politiker, Armut) sowie gesellschaftlich-kulturelle Hindernisse, z. B. Tabuisierung von Sexualität, Diskriminierung Infizierter, Widerstand gegen Sexualerziehung und -aufklärung, Wehrlosigkeit der Sexualpartnerinnen, Promiskuität usw.

Ebenso vielschichtig sind die Folgen von Aids. Sie reichen von familiärem Leid und Verarmung wegen des Ausfalls produktiver Familienmitglieder über volkswirtschaftliche Defizite (z. B. sinkende Staatseinnahmen, aber zusätzliche Aufgaben und Kosten für die Aidsbekämpfung) bis hin zu demographischen Konsequenzen (z. B. Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung (G46), relative Zunahme der wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung, d. h. von Kindern, Alten und Invaliden) und Schwächung von Entwicklungspotenzialen.

Ein Problem bei der Bekämpfung von Aids sind die teuren Import-Medikamente. Nach schwierigen Verhandlungen ist es 2003 gelungen, in der Welthandelsorganisation WTO im Rahmen des TRIPS-Abkommens eine Einigung zur Verbesserung des Zugangs von Entwicklungsländern zu preisgünstigen Medikamenten (Generika) zu erzielen (G49).

G31 Kennzahlen der Gesundheitsentwicklung

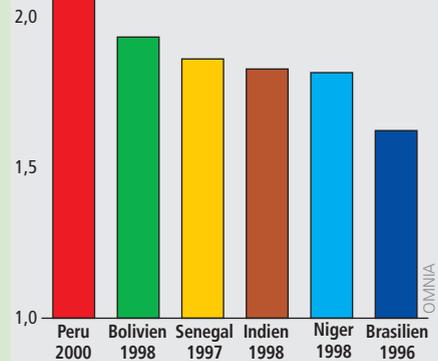
Land / Ländergruppe	Lebenserwartung bei der Geburt		Kindersterblichkeit unter 5 Jahren je 1.000		Säuglingssterblichkeit unter 1 Jahr je 1.000 Geburten		Müttersterblichkeit je 100.000 Lebendgeburten
	1960	2008	1970	2008	1970	2008	2008
Entwicklungsländer	40	65/69	280	67	108	50	293
Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen	42	58/60	k. A.	122	148	76	597
Äthiopien	36	54/57	239	104	160	69	470
Sierra Leone	37	46/49	363	192	206	123	970
Burundi	37	49/52	233	166	138	102	970
Kongo, Dem. Rep.	40	46/49	248	199	149	126	670
Ruanda	37	48/52	209	111	124	72	540
Haiti	42	59/63	221	87	148	54	300
Nepal	36	66/67	250	48	165	41	380
Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen	54	67/71	150	67	100	41	293
Ghana	40	56/58	190	69	112	51	350
Kamerun	37	51/52	215	154	127	82	600
Kenia	47	54/55	156	84	96	81	530
Vietnam	41	72/76	157	24	112	12	56
Bolivien	43	64/68	243	51	144	46	180
Industrieländer	69	77/83	53	7	40	6	18
Japan	68	79/86	21	3	14	3	6
Deutschland	69	78/83	26	4	22	4	7

Quellen: UNFPA, State of the world population, 2011; Weltbank, World Development Indicators 2010

OMNIA

G32 Kindersterblichkeit auf dem Lande höher als in der Stadt

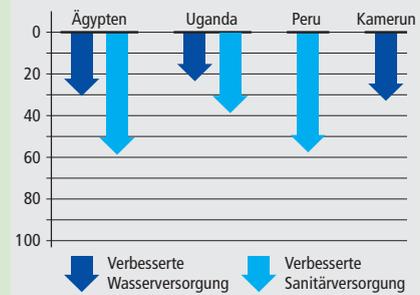
Kindersterblichkeit auf dem Lande als Vielfaches der städtischen Rate (= 1)



Quelle: Auf der Grundlage von Weltbank-Daten aus Global Monitoring Report, Weltentwicklungsberichten u. a.

G33 Hygiene senkt die Säuglingssterblichkeit

Senkung der Säuglingssterblichkeit (in %) durch verbesserte Wasser- und Sanitärversorgung (Daten 1995 bis 2004 aus Umfragen)

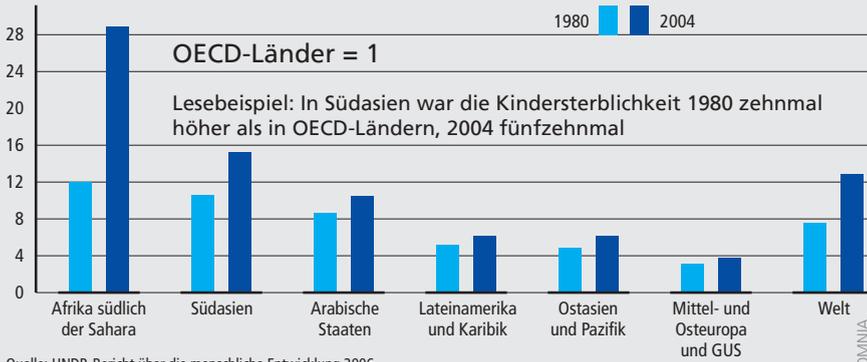


Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2006, S. 56

OMNIA

G34 Kindersterblichkeit – wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern

Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten im Verhältnis zu OECD-Ländern

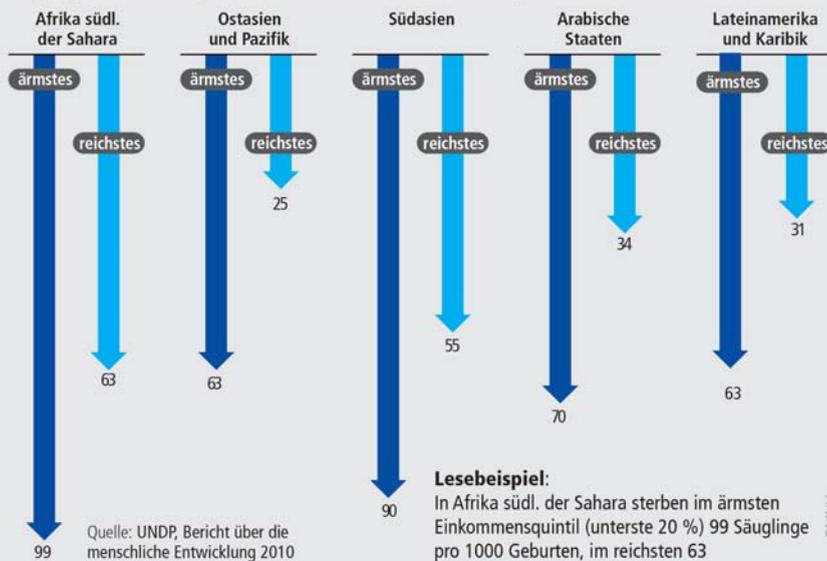


Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

OMNIA

G36 Kindersterblichkeit – wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen in einzelnen Ländern

Säuglingssterblichkeit pro 1000 Geburten nach Einkommensquintilen (1990 – 2005)

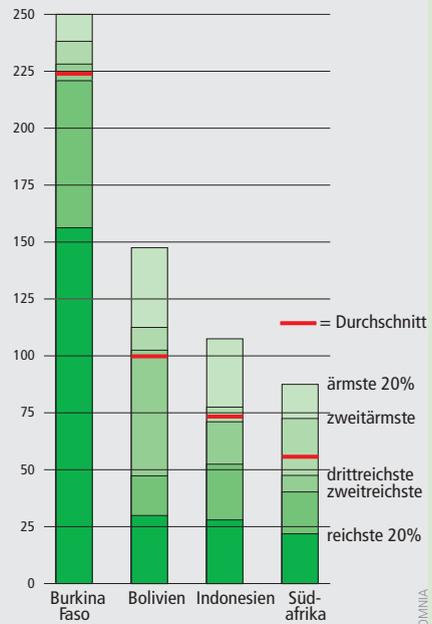


Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2010

OMNIA

G35 Kinder der Reichen haben bessere Überlebenschancen

Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren 2004 (pro 1.000 Lebendgeburten)

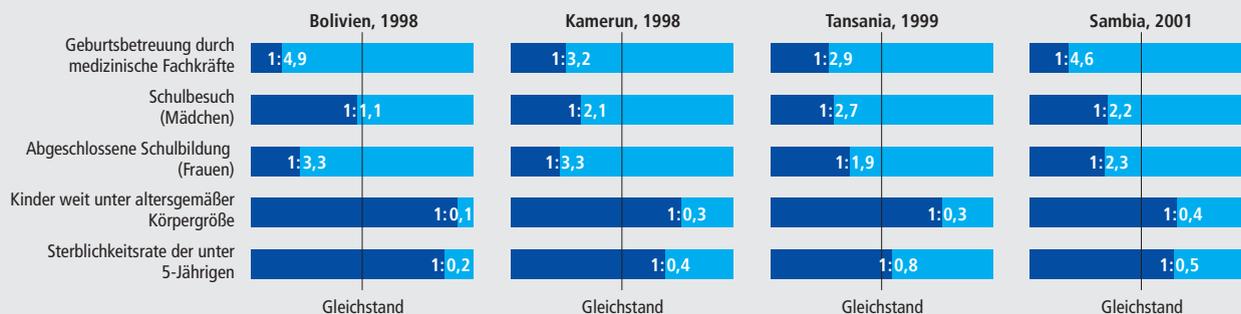


Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2006, S. 333

OMNIA

G37 Ungleichheit: Kindern der Armen geht es schlechter

Verhältnis zwischen den ärmsten 20 % und den reichsten 20 %

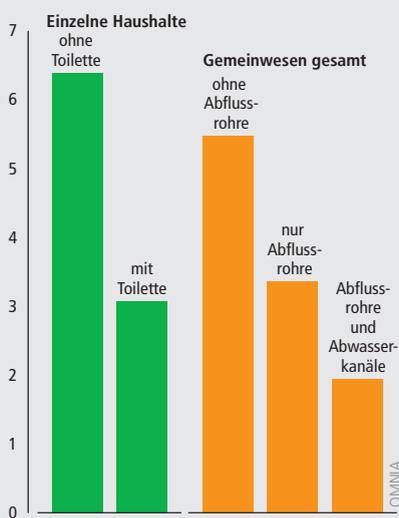


Quelle: UNDP: Bericht über die menschliche Entwicklung 2005, S. 73

OMNIA

G38 Toiletten und sauberes Wasser senken die Säuglingssterblichkeit

Durchfallerkrankungen pro Kind und Jahr in den Favelas von Salvador, Brasilien, 1989-90



OMNIA

G39 Mit dem Müll kommt der Tod

ABIDJAN Das Gift kam über Nacht. „Ich bin morgens früh aufgewacht und überall war dieser komische Gestank“, berichtet Sunday Edeh, ein Bewohner Abidjans. Kurze Zeit später kam das Nasenbluten. „Und jetzt habe ich Ausschlag, überall am Körper.“ Mindestens drei Menschen starben durch den Giftmüll in der Elfenbeinküste.

Welche Stoffe das Schiff „Probo Koala“, das im Auftrag des niederländischen Unternehmens Trafigura unterwegs war, am 19. August in Abidjan genau abgelagert hat, ist noch unklar. Mehr als ein Jahrzehnt nach Verabschiedung der Baseler Konvention, die den Export von Giftmüll regelt, landet der Abfall aus dem reichen Norden noch immer in Afrika und anderen armen Weltregionen – allen Verboten zum Trotz. „Giftmüllexporte nach Afrika sind gleich drei Mal illegal“, erläutert der ehemalige Greenpeace-Mitarbeiter Andreas Bernstorff, der die Baseler Konvention mitverhandelt hat. „Afrika hat Ende der 80er Jahre nicht nur die Basel-Konvention vorangetrieben, sondern in zwei zusätzlichen Konventionen jeglichen Import von Müll nach Afrika verboten.“

Behauptungen von Trafigura, das Unternehmen habe Genehmigungen zum Deponieren des Mülls gehabt, nennt Bernstorff deshalb substanzlos. „Dabei ist unerheblich, welche Stoffe genau in Abidjan abgelagert wurden – wenn sie auf eine Kippe kommen, handelt es sich eindeutig um Müll, und dessen Export ist verboten.“ Tatsächlich, so Bernstorff, sei der Export von Giftmüll in Entwicklungsländer seit den 90er Jahren zurückgegangen. Mit einem Fall wie in der Elfenbeinküste habe er nicht mehr gerechnet.

Vor allem aus Somalia kamen zuletzt immer wieder Berichte über die illegale Lagerung von Giftmüll im großen Stil. Im regierungslosen Niemandsland am Horn von Afrika sollen sich Geschäftsleute mit Privatarmeen eine goldene Nase mit wilden, ungesicherten Deponien verdienen haben. Ein lohnendes Geschäft, auch für die europäischen Firmen. „In Somalia kostet die Verklappung, von einer Tonne Sondermüll vielleicht 2,50 Euro, in Europa das Hundertfache“, sagt der Sprecher des UN-Umweltprogramms (UNEP), Nick Nuttall.

Quelle: Münsterische Zeitung vom 8. September 2006

G40 Der GFATM

Der 2002 gegründete Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) hat bis Mitte 2007

- 17,8 Millionen Menschen auf Aids getestet und über HIV beraten.
- 1 Million mit der antiretroviralen Aids-Therapie (ART) behandelt.
- 2,8 Millionen an Tuberkulose Erkrankte nach der DOTS-Methode (Directly observed treatment) behandelt. Dabei wird die Medikamenteneinnahme bis zur Heilung durch Fachpersonal überwacht. Die Kosten pro Person belaufen sich auf rd. 50 Euro.
- 4,7 Millionen Menschen mit einfachen Gesundheitsdienstleistungen vertraut gemacht. Nach den bisherigen Erfolgen schätzt der Fonds die Leben, die er retten kann, auf 3000 pro Tag ein.

In einigen Regionen Tansanias, Mosambik und Sansibar ist die Kindersterblichkeit dank der Malariaprävention gesunken.

Der Globale Fonds stellt zwei Drittel aller internationalen Mittel zur Bekämpfung von Tuberkulose und Malaria zur Verfügung.

G41 Fakten über Aids

- Anteil der HIV-Infizierten zwischen 15 und 24 Jahren: 40 Prozent
- Weiblicher Anteil der HIV-Positiven in Subsahara-Afrika: 59 Prozent
- Zugang zu einer notwendigen antiretroviralen Behandlung: 23 Prozent von circa 4,6 Millionen AfrikanerInnen aus Subsahara-Afrika
- Aids-Waisen in Subsahara-Afrika: mehr als 12 Millionen (bis 2010 prognostizierter Anstieg auf mehr als 18 Millionen)
- Von 39,5 Millionen HIV-positiven Menschen leben 24,7 Millionen in Subsahara-Afrika. Zwei Drittel der Neuinfektionen in 2005 fanden in Subsahara-Afrika statt. Das waren 2,8 Millionen Menschen. Heute sind 44 Prozent der Bevölkerung Subsahara-Afrikas jünger als 15 Jahre – HIV-Prävention ist notwendig, um künftig hohe Infektionsraten zu verhindern.

G42 Teufelskreis aus Ursache und Wirkung

Aids führt vielfach auch zur Verstärkung von Unterentwicklung. Fast die Hälfte der Menschen in Sub-Sahara-Afrika zählt nach den von der Weltbank aufgestellten Kriterien zu den ärmsten Menschen der Welt, lebt also von einem Dollar pro Tag oder weniger...

Da Aids die Elterngeneration tötet, leben in Afrika immer mehr Waisenkinder. 2005 waren es bereits zwölf Millionen. Das Netz der Großfamilie ist häufig die einzige soziale Absicherung dieser Kinder, doch die Pflegefamilien sind mit der Anzahl der zu versorgenden Aids-Waisen zunehmend überfordert. Es besteht die Gefahr, dass diese nicht in gleichem Maße wie die leiblichen Kinder an den familiären Ressourcen beteiligt werden und, anstatt zur Schule zu gehen, arbeiten müssen. Eine weitere Option für Waisen ist die Bildung eines Kinderhaushalts. Durch das Fehlen eines erwachsenen Versorgers sind die Möglichkeiten zur Einkommenssicherung jedoch gering, sodass diese Kinder oft in großer Not leben. Eine wachsende Zahl versucht, als

Fortsetzung auf Seite 110

Fortsetzung G42 von Seite 109

G43 Die Interessen von Patienten und Patenten

Straßenkinder ihren Lebensunterhalt mit Prostitution, Bettelei und Kriminalität zu sichern. Waisen sind zudem aufgrund ihrer schwachen sozialen Position und ihres eingeschränkten Zugangs zu Ressourcen besonders anfällig für sexuelle Ausbeutung und damit auch für eine Infektion mit HIV.

In den meisten Ländern Sub-Sahara-Afrikas bedeutet Aids immer noch ein langsames und qualvolles Sterben. Die Erkrankten können keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgehen und die hohen Kosten, die bei der aufwändigen Versorgung der Opfer entstehen, erhöhen das Verarmungsrisiko für die betroffenen Familien. Studien aus dem südlichen Afrika zeigen, dass das Haushaltseinkommen in einer solchen Situation um 66 bis 80 Prozent sinkt. Die landwirtschaftliche Produktion, die in Afrika der wichtigste Erwerbszweig ist, und die Subsistenzwirtschaft, durch die viele Familien ihr Überleben sichern, werden durch AIDS beeinträchtigt. Bereits für 2000 wurde der Verlust von Arbeitskräften durch die Seuche im Bereich des Landwirtschaftssektors in Staaten des südlichen Afrikas auf bis zu zehn Prozent geschätzt, für 2010 wird mit Verlusten zwischen 13 und 26 Prozent gerechnet. Für die Ernährungslage der von Aids betroffenen Familien hat dies schwerwiegende Folgen. In Simbabwe nahm die Maisproduktion in Haushalten, die einen Erwachsenen an die Krankheit verloren hatten, durchschnittlich um 61 Prozent ab. Auch auf nationaler Ebene zeigen sich bereits die Auswirkungen von Aids. Frühere Entwicklungserfolge werden zunichte gemacht. So ist die Lebenserwartung im südlichen Afrika als Folge der Epidemie im Durchschnitt um 20 Jahre zurückgegangen. Die Seuche verringert zudem das Pro-Kopf-Wachstum in 24 afrikanischen Staaten um 0,5 bis 1,2 Prozent pro Jahr.

Armut und Elend sind nicht nur die Folge von Aids, sondern auch seine Ursache. Es ist schon häufiger beobachtet worden, dass unterentwickelte Länder in viel höherem Maße von Infektionskrankheiten betroffen sind als reiche Staaten. Aids macht hier keine Ausnahme. Armut erleichtert der Krankheit das Eindringen in die afrikanischen. Gesellschaften.

Quelle: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 32-33, 2006, S. 33 f.

Warum es so schwer ist, eine Resolution für eine Patientenorientierte Arzneimittelforschung bei der WHO durchzusetzen

Die Regierung von Kenia [legte] mit der Unterstützung Brasiliens auf der WHO-Vorstandssitzung im Januar 2006 eine Resolution vor, die Wege für einen grundlegenden Richtungswechsel bei der Erforschung und Entwicklung von lebensrettenden Medikamenten vorschlägt. Begründung der sogenannten Kenia-Resolution: Täglich sterben 35.000 Menschen, weil sie keinen Zugang zu Medikamenten haben. Sei es, weil ihnen das Geld fehlt, oder weil es keine wirksamen Medikamente gibt, denn die Erforschung sogenannter Armutskrankheiten ist für die gewinnorientierten Pharmakonzerne uninteressant.

Aber schon die ersten beiden Worte der Kenia-Resolution, nämlich die Forderung nach einem „New Global Framework“ (neue globale Rahmenbedingungen), erregten den Unmut der Industrieländer und der Pharmaindustrie, weil das viel zu weitgehend sei und mit ungeahnten Folgen einhergehe...

Nach der ersten Präsentationsrunde der Resolution sind alle Inhalte, die für einen Richtungswechsel stehen, in Klammern gesetzt. Dabei forderte der Originalvorschlag von Kenia lediglich die Einsetzung einer Arbeitsgruppe interessierter Staaten, die neue internationale Richtlinien zur patientenorientierten Entwicklung und Forschung von Medikamenten aufstellen sollte. Der Autor dieser Zeilen wurde auf der Zuschauerbühne in der WHO Zeuge einer seltsamen Dramaturgie, bei der die Regieanweisungen aus

der Lobby kamen. Vor der Mittagspause hatte der pakistanische Sitzungsleiter noch davon gesprochen, dass Patienten-Interessen vor Patent-Interessen stehen müssten. Nach der Mittagspause eröffnete er die Sitzung mit dem Hinweis, in der Lobby habe man ihn darauf hingewiesen, dass man doch bitte von Patienten- und Patent-Interessen reden müsse. Offenbar hatte man „in der Lobby“ verstanden, dass der von der Kenia-Resolution geforderte neue globale Rahmen Gewinninteressen, die durch Patente geschützt werden, in Frage stellen könnte.

Was wäre, wenn die Lobby voll von betroffenen Bauern gewesen wäre statt von gut betuchten Lobbyisten der Wirtschaftsmächte? Vielleicht hätte der 2. Akt am Nachmittag dann eine andere Wendung genommen. So aber verfiel man sich in weiteren Erörterungen, die der Sitzungsleiter mit der formalen Begründung abwürgte, dass die Diskussion trotz aller Dringlichkeit nicht weitergeführt werden könne, weil die Übersetzer nur bis 19 Uhr zur Verfügung stünden...

Ergebnis: Die Kenia-Resolution samt all der ausgeklammerten Fragen wurde zur Weiterberatung an eine Arbeitsgruppe verwiesen und soll der Generalversammlung der WHO im Mai zur Beurteilung vorgelegt werden. Ein Text also, der zu 50% in Klammern steht, was soviel wie „noch nicht entschieden“ bedeutet. Ein Text, der aus Durchstreichungen und neuen Formulierungen besteht, die den Sinn der ursprünglichen Resolution völlig verändern.

Quelle: Goldmann, Ch.: Der Klammerkrieg. In: medico international Rundschreiben 01/2006 S. 23–25

G44 Sexuelle und reproduktive Gesundheit

Der Begriff sexuelle und reproduktive Gesundheit (SRG) umschreibt sämtliche Bereiche der Gesundheit, die im Zusammenhang mit Sexualität und Reproduktion stehen, also Sexualaufklärung, Familienplanung, Schwangerschaftsvorsorge und Entbindung, Prävention sexueller übertragbarer Krankheiten, Behandlungen von Erkrankungen im reproduktiven Bereich und die hiermit verbundenen Rechte, insbesondere

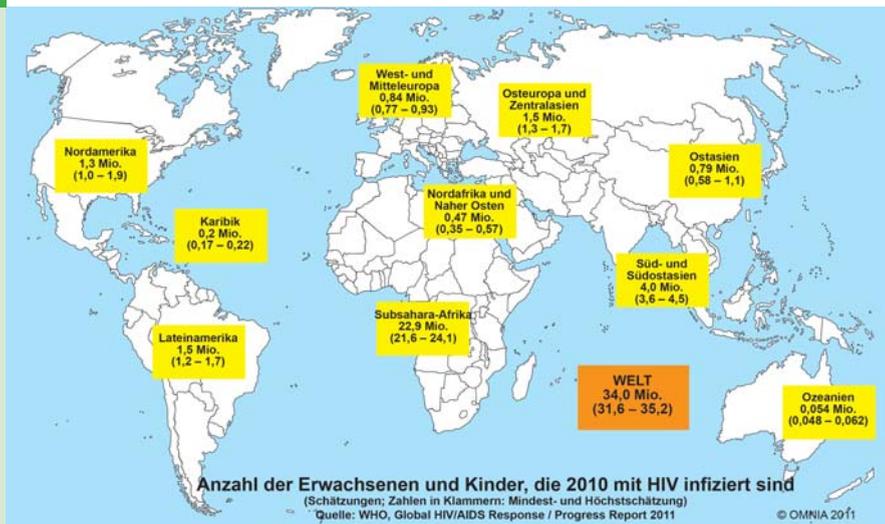
re die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung und die Freiheit von sexueller Gewalt... In der Abschlusserklärung des Millennium+5-Gipfels im September 2005 hat die Staatengemeinschaft die Notwendigkeit des allgemeinen Zugangs zu Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit im Hinblick auf die Verringerung der Mütter- und Kindersterblichkeit, der Verbesserung der Müttergesundheit, der Bekämpfung von HIV/AIDS und der Beseitigung der Armut ausdrücklich hervorgehoben.

In den 90er Jahren wurden Fortschritte bei der Verbesserung der Gesundheit von Müttern erzielt - immer mehr Geburten wurden von ausgebildetem medizinischem Personal begleitet, insbesondere in Ostasien und Nordafrika. In Afrika südlich der Sahara und Südasien ist der Anteil der Geburten, die von Geburtshelfern begleitet werden, weiterhin sehr niedrig (um die 40 Prozent) und hat sich seit 1990 nur geringfügig erhöht...

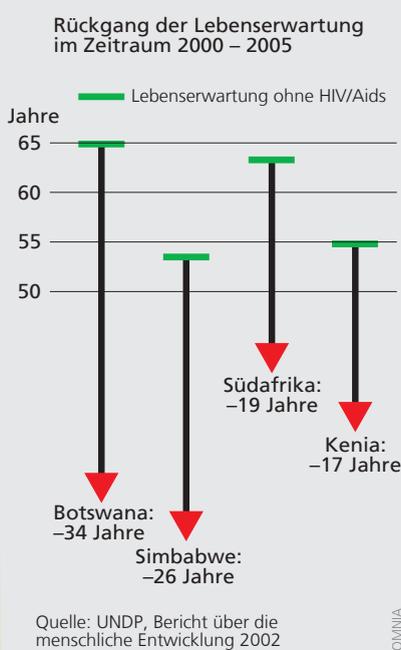
Die Bundesregierung hat im Aktionsprogramm 2015 das Ziel festgeschrieben, den eigenständigen Zugang von Jugendlichen, insbesondere Mädchen, zu Familienplanung und zur Wahrnehmung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung durch die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu fördern. Für die Umsetzung des Kairoer Aktionsplans hat das BMZ seit 1994 über 1 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.

Quelle: BMZ: Medienhandbuch 2006/2007, S. 224 f.

G45 HIV-Infizierte 2010



G46 Folgen von HIV/Aids



G48a Generika

Der Zugang zu preiswerten Arzneimitteln ist eine Voraussetzung für die Lösung der Gesundheitsprobleme in Entwicklungsländern. Ein Weg dazu sind Generika. Wenn für bewährte Medikamente die Schutzfrist der Patente (bis zu 25 Jahre) abgelaufen ist, können andere Firmen Medikamente mit gleichem Wirkstoff und in gleicher Form (als Tablette, Zäpfchen, Flüssigkeit usw.) herstellen, so genannte Generika (Einzahl: Generikum). Sie sind bis zu 70 % billiger als das Original. Solche Generika werden weltweit bereits in Massen produziert. Aber auch Medikamente, deren Patentfrist noch nicht abgelaufen ist, können unter bestimmten Umständen in anderen Ländern billiger hergestellt werden. Im August 2003 hat sich die Welthandelsorganisation WTO darauf geeinigt, dass Entwicklungsländer Zwangslizenzen für patentgeschützte Medikamente vergeben dürfen, wenn sie der öffentlichen Gesundheit dienen. Diese Arzneimittel müssen sich vom Original deutlich erkennbar unterscheiden und dürfen nur in dem Land eingesetzt werden, das die Zwangslizenz vergeben hat. Eine Verbreitung in andere Märkte muss von dem Land verhindert werden.

Quelle: Autorentext

G47 In Gesundheit investieren und Armut bekämpfen

Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit* einschließlich Familienplanung leisten einen beträchtlichen und unmittelbaren Beitrag zum Empowerment von Frauen, zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Bekämpfung der Armut.

Eine bessere Betreuung von Frauen während einer Schwangerschaft und bei einer Geburt hilft ihnen, die Schwangerschaft zu überstehen und die riskanten ersten Lebensjahre ihrer Kinder zu sichern.

Die Vermeidung von sexuell übertragbaren Krankheiten verbessert die Überlebensraten bei Erwachsenen und erspart Männern und Frauen viel Leid.

Die Reduzierung unerwünschter Schwangerschaften bringt eine bessere Gesundheit für Frauen mit sich.

Ein größerer Abstand zwischen den Geburten und insgesamt weniger Schwangerschaften verbessern die Überlebenschancen von Kindern. Für die Frauen selbst bedeutet das, dass sie dem einzelnen Kind mehr Zeit widmen, eher einer Arbeit nachgehen und andere Optionen wahrnehmen können.

Je geringer die Zahl der wirtschaftlich Abhängigen im Vergleich zur Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist, um so eher können Familien der Armut entkommen. Auf diese Weise öffnet sich ein „demografisches Fenster“** und damit eine einmalige Chance für Länder, ihr Wirtschaftswachstum zu beschleunigen...

Quelle: Weltbevölkerungsbericht 2002, S. 70

* siehe G44
** siehe S. 89; G11

G48 Ganzheitlicher Ansatz in der Aidsbekämpfung

Ganzheitlicher Ansatz in der Aidsbekämpfung Wir sind überzeugt, dass ein langfristiger Ansatz mit ausreichender und berechenbarer Finanzierung sowie konsistenten politischen Handlungskonzepten erforderlich ist, um die Pandemie einzudämmen. Der international vereinbarte Ansatz des „Universellen Zugangs zu Prävention, Behandlung und Pflege“, der bereits von den Vereinten Nationen, den G8- Staaten und der Zivilgesellschaft übernommen wurde, ist für die MDGs wesentlich. Ohne die angemessene und ausgewogene Berücksichtigung der einzelnen Aspekte dieses ganzheitlichen Ansatzes wird die Eindämmung der HIV/Aids-Pandemie scheitern.

Da in Afrika Frauen die am stärksten gefährdete Gruppe bilden und die größte Bürde durch Betreuungsaufgaben zu tragen haben, sollte ihre Rolle im Mittelpunkt der EU-Strategie stehen. Alle Bemühungen der EU zur Bekämpfung der Pandemie sollten regelmäßig überwacht und evaluiert sowie die Ergebnisse in der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Die Eindämmung von HIV/Aids erfordert einen kohärenten Ansatz durch die EU, der die Harmonisierung zwischen ihren HIV/Aids-Programmen sowie anderen EU-Politikbereichen wie der Handelspolitik sicherstellt.

Zwangslizenzen sind ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung des Zugangs zu lebensrettenden ARV-Medikamenten. Weil alle neu entwickelten Medikamente zukünftig patentiert werden, wird dieses Thema noch an Bedeutung gewinnen. Die WTO-Entscheidung vom 30. Au-

gust 2003, die Ländern ohne Produktionskapazität helfen sollte, Zugang zu ARV-Medikamenten zu erhalten, hat nie funktioniert, weil sie zu bürokratisch und zu schwierig anzuwenden ist. Die Einbindung der Entscheidung in das TRIPS-Abkommen und das EU-Recht hätte verheerende Auswirkungen auf die Bereitstellung von ARV für Afrika.

Die EU sollte sich unverzüglich des Problems der verwaisten und gefährdeten Kinder annehmen, damit sich die Langzeitkrise, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den afrikanischen Ländern zu zerstören droht, nicht weiter verschärft. Die EU sollte das Versprechen einhalten, das in ihrem Aktionsprogramm zur Bekämpfung von HIV/Aids enthalten ist, und das Gesamtkonzept unverzüglich umsetzen.

Die Investition in die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften sowohl in Europa als auch in Afrika ist eine Voraussetzung für das Erreichen des Ziels des „Universellen Zugangs“. Die EU kann Unterstützung leisten, indem sie Ressourcen bereitstellt, mit denen die Arbeitsbedingungen von Gesundheitsfachkräften in Afrika verbessert werden können. Der Rat hat zwar im April 2006 eine geeignete „EU-Strategie über Maßnahmen zur Bekämpfung des akuten Fachkräftemangels im Gesundheitswesen der Entwicklungsländer“ beschlossen, es fehlen aber konkrete Zielvorgaben und ein Zeitrahmen für ihre Umsetzung.

Quelle: VENRO, Afrikas Perspektive - Europas Politik. Entwicklungspolitische Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. Bonn 2006, S. 12 f.

Aufgaben

- Beschreiben und begründen Sie die regionalen Unterschiede in Ernährung und Gesundheit (Karte S. 104, G31, G34, G45, G4, G1, Karte S. 87, Bilder S. 86).
- Nehmen Sie Stellung zu der These „Armut ist der größte Feind der Gesundheit“.
- Diskutieren Sie, wie Sie zur Verbesserung a) Ihrer eigenen Gesundheit b) der Gesundheit in armen Ländern beitragen können.
- Diskutieren Sie, wie Ernährung und Gesundheit in Entwicklungsländern durch Überwindung struktureller Abhängigkeiten verbessert werden können.
- Erläutern Sie den Zusammenhang von Gesundheit und Entwicklung.
- Stellen Sie fest, worin sich regionale Unterschiede im Gesundheitszustand äußern und nennen Sie einige Ursachen dafür.
- Was wird unter „sexueller und reproduktiver Gesundheit“ verstanden? Nennen und beschreiben Sie einige Maßnahmen zur Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit.
- Stellen Sie die Entwicklung, regionale Verbreitung und Folgen von HIV/Aids dar. Begründen Sie, warum ein ganzheitlicher Ansatz zur Aidsbekämpfung den wirksamsten Erfolg verspricht.